

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Legegeld. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Die Gespaltene Zeile 25 Pfg. für auswärts 30 Pfg., die Gespaltene Reklamzeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pfg. Anzeigen mit Hochbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 26

Danzig, Sonnabend den 1. Juli 1916

7. Jahrgang

Krieg und Sozialismus

Dieser der Wiener Arbeiter-Zeitung entnommene gediegene Aufsatz hat für Danzig besonderen Wert mit Rücksicht auf den zur Abwehr des staatlichen Ernährungsschlages im privatkapitalistischen Profitinteresse, gegründeten Böhrentrost S. m. b. H.

„Was verlangt der sozialistische Zukunftsstaat? Konzentration aller Produktionsmittel in der Hand einer Zentralfirma.“ So umschreibt Professor Eujio Brentano das Wesen des Sozialismus. Wir bezweifeln nicht, daß Brentano an dieser Stelle bloß die äußerliche Organisation der Wirtschaft im Auge hatte, daß er selbst wohl weiß, wie viel mehr der Sozialismus zu sagen und zu fordern hat auf sozialem, kulturellem und staatlichem Gebiete. Wie er, so beschränken auch wir uns auf das Gebiet des Wirtschaftslebens.

Müssen wir die bürokratische Form der Wirtschaftsorganisation, die wir als Uebergangsmaßregel begreifen und ertragen, trotzdem im Prinzip ablehnen, so kommt Brentano in einem anderen Punkt des Aufsatzes uns näher.

Nicht bloß die Organisationsweise entscheidet, ein viel tieferer Gegensatz trennt die heutige von der sozialistischen Wirtschaftsverfassung. Dieser Gegensatz ist durch die Kriegsmassnahmen kaum berührt, geschweige denn überwunden.

Brentano legt den Finger auf diese Wunde und spricht offen aus, was außerhalb der äußerlichen Organisation noch fehlt: „Wir sind aber mit den sozialistischen Eingriffen in das Wirtschaftsleben vor dem Punkte stehen geblieben, an dem sie allen zugute kommen würden. Unser Sozialismus ist ein Sozialismus statt zugunsten der Armen zugunsten gewisser Klassen der Besitzenden. Er führt statt zum Vorteil der Gesamtheit zur weiteren Bereicherung einzelner Monopolisten, besonders der ländlichen Grundeigentümer, auf Kosten der Gesamtheit.“ Es ist das Moment der individuellen Bereicherung, das die kapitalistische Ordnung grundsätzlich von jeder sozialen Ordnung scheidet. Wir legen hier bei dieser theoretischen Auseinandersetzung das Gewicht gar nicht darauf, ob diese Bereicherung besonders bei den ländlichen Grundeigentümern eine Rolle spielt. Und bezweifeln sogar, daß bei ihnen die krassesten Fälle makroter individueller Bereicherung im Kriege zu finden seien. Allerdings stechen ihre gesteigerten Erträge deshalb besonders hervor, weil sie die tägliche Ernährung der Massen betreffen, und werden gerade deshalb am deutlichsten empfunden. Es wäre ein theoretischer Fehler, zu verkennen, daß die Bereicherungstendenz dem Kapital schlechthin, welcher Art und Herkunft es sei, innewohnt. Der Kampf gegen die Kriegsteuerung, den der Staat heute durch Höchstpreise und eine Strafe, wenn auch nicht immer glückliche Rechtsprechung führt, geht gegen die Bereicherungstendenz, von der fast alle Besitzer von Produktionsmitteln und von Vorräten besessen scheinen. Man kann nicht sagen, daß der Staat in diesem Kampfe durchgebrungen sei. Auch dort, wo er, wie in Österreich, beim Zucker eine Ordnung der Preise versucht hat, mußten wir hinterher aus den Geschäftsergebnissen der Unternehmungen zu unserer Enttäuschung erfahren, daß trotz alledem mehr verdient worden ist als im Frieden. Brentano lehnt bloß einer ähnlichen Enttäuschung in Deutschland Ausdruck, wenn er sagt: Das war ein Sozialismus zugunsten gewisser Klassen der Besitzenden.

Hören wir zunächst, was Brentano dagegen vorschlägt, als die „notwendige Forderung“ bezeichnet und dem Kriegsernährungsamt Deutschlands vorschlägt: Was dagegen nötig ist, wäre, daß dem neuen Wirtschaftsdictator die Befugnis erteilt werde, die Gesamtproduktion so zu leiten, daß einer jeden einzelnen Wirtschaft und insbesondere einem jeden Landwirt das vorgeschriebene wird, was er produzieren muß. Heute produziert ein jeder das, wovon er erhofft, den größten Vorteil zu ziehen; ob dies gerade das ist, was das für den Augenblick Wichtigste wäre, steht ihm hinter seinem Rentabilitätsgefühls punkt zurück. Und der ja auch sonst vielfach angewandte Satz der theoretischen Nationalökonomie, daß das, was für den einzelnen das Rentabelste ist, auch für die Gesamtheit das jeweils Vorteilhafteste sei, hat für einen Zustand, in dem, wie gegenwärtig, die freie Konkurrenz ausgeschlossen ist, jedenfalls keine Geltung.

Hier verabschiedet Brentano schlagend das alte Argument: Das Privatinteresse der einzelnen ist der beste Regulator der Produktion! Seit jeher bestreiten die Sozialisten diesen Satz, nun endlich ist er augenfällig ad absurdum geführt. Jeder Leie weiß heute: Wenn die Volkereien nach ihrem Privatinteresse verfahren dürfen, verwandeln sie möglichst viel Milch in Schlagen, in „Kindermilch“, in Vogelmilch. Der Reichs zahlt jeden Preis, die vernünftige Milchmenge setzen sie bei den besten Preisen ab. Und die Massen, auf deren Lebens- und Schaffenstraft es immer, nicht nur im Kriege, ankommt, müssen dieses unentbehrlichsten Nahrungsmittels entbehren. Das ist nur ein Beispiel; hundert andere belegen die heute allgemein gewordene Erkenntnis: Das private Profitinteresse des Kapitals ist ein wirksamer, aber ein sozial höchst bedenklicher Regulator der Produktion.

Und es ist ein gleich bedenklicher Regulator der Zirkulation. Auch dieses Zugeständnis ist aus dem Munde eines liberalen Volkswirtes wertvoll: „Nachdem der „Diktator“ die einzelnen so gezwungen hat, das, was für das Ganze das Nötigste ist, zu produzieren, muß er ferner dafür sorgen, daß sie das Produzierte nicht zurückhalten. Heute aber sorgen viele Produzenten nicht nur unter Vernachlässigung aller Verbrauchsvorschriften in erster Linie für sich, sondern verstehen es auch, sich als Folge der allgemeinen Not auf Kosten der übrigen zu bereichern. Da setzen wir Höchstpreise fest, aber da diese Höchstpreise den Produzenten und Händlern nicht genügen, bringen sie ihre Ware nicht auf den Markt, um durch Zurückhalten eine Steigerung der Höchstpreise herbeizuführen. Das einzige, was dem abhelfen kann, ist, daß man alle Produkte nach ihrer Fertigstellung sofort für das Ganze beschlagnahmt und darnach dafür sorgt, daß nun auch allen das, was ihnen zukommt, zuteil werde. Was nützt uns das Duzend Karten, das wir jetzt als Anweisung auf soundsoviel Brot oder Mehl, Schweinefleisch, Zucker, Butter, Milch, Reis und Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Eier, Petroleum, Spiritus usw. verteilen, wenn die Masse der Bevölkerung teils weil die Preise zu hoch sind, teils weil die betreffende Ware überhaupt nicht auf den Markt kommt, doch nichts erhält?“

Das Bereicherungsinteresse verlegt also den Erzeugnissen den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher oder befaßt sie mit privaten Profitten. Als Abhilfe schlägt Brentano vor die Enteignung aller Produkte, sobald sie fertig sind, nicht aber die Enteignung der Produktionsmittel selbst. Für den Warenumschlag räumt er also die soziale Zweckmäßigkeit der Enteignung ein, nicht aber für den Kapitalbesitz selbst. Er scheint also Profite aus der Produktion für zulässig zu halten, nicht aber Profite aus der Veräußerung.

Und er fürchtet schon dagegen ernste Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Sonderinteressen drohen, gegen die sich eine solche Zentralisierung des Wirtschaftslebens in erster Linie richtet. Gegen sie wendet er ein: Die Zeiten sind doch zu ernst, als daß den Lebensinteressen des Deutschen Reiches irgend welche Sonderinteressen als gleichwertig könnten entgegengestellt werden. Rundheraus ist hier gesagt, daß Besitzinteressen bloße „Sonderinteressen“ sind, die vor dem Allgemeininteresse zu schweigen haben. Auch das wird eine unerschütterbare Erkenntnis des deutschen Volkes bleiben, obgleich sie für Sozialisten gar nicht neu ist.

Ein Schritt weiter und — die Wege scheiden sich. Brentano hat im ersten Teile gefordert, daß mit dem Sozialismus nun Ernst gemacht werden, daß man bei halben Maßregeln nicht haltmachen solle. Nun, wo es nicht bloß auf die Veräußerung der Erzeugnisse, sondern auch auf die Produktionsmittel selbst ankommt, ruft er aus: „Wären die Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen nicht etwa einzuwenden, mit der Ausführung der hier geforderten Maßregeln würde eine Ära des Kommunismus beginnen. Was hier gefordert wird, tritt ihrem Eigentum nicht zu nahe, am wenigsten dem Eigentumsbegriff, wie gerade sie ihn seit Jahrzehnten mit Emphase formuliert haben. Haben sie doch mit Vorliebe betont, das Eigentum sei nach germanischem im Gegensatz zum römischen Recht nicht ein subjektives Recht, sondern ein Amt, dessen der Eigentümer im Interesse der Gesamtheit zu wahren habe. Wohl, hier ist die Gelegenheit, die Probe auf die Aufrichtigkeit, mit der sie dieser Lehre huldigen, zu machen! Denn es handelt sich nicht darum, sie ihres Eigentums zu berauben, sondern lediglich, sie zu veranlassen, ihr Amt im Interesse der Gesamtheit zu verwalten.“

Das Eigentum nicht mehr Privatbesitz, sondern öffentliches Amt, der Eigentümer nicht mehr souveräner Gebieter über seine Sache, sondern Beauftragter der Gesellschaft, der das „öffentliche Gut“ — das wäre aus seiner „Sache“ geworden — im Interesse der Allgemeinheit verwaltet. Das kommt dem Sozialismus allerdings nahe. Fragt sich bloß, wie denn dieser bloß moralische Zustand rechtlich garantiert werden solle. Es hat nicht immer gesucht, noch ausgereicht, wenn der Staat den Privatbesitzern nahegelegt hat, ihre Bahnlilien so zu verwalten, als ob sie öffentliches Gut wären. Darum hat er wohl auch vorgezogen, sie direkt zu verstaatlichen und durch Leute verwalten zu lassen, die nicht bloß, um ein Juristenwort zu gebrauchen, ein Quasiam führten, sondern wirklich öffentliche Beamte waren. Der Staat hat diesen Ausweg praktischer und sicherer gefunden. Er hat die bloße „Tarifhoheit“ als halbe Maßregel erkannt und hat mit dem öffentlichen Amte Ernst gemacht. Damit hat zum Beispiel Preußen die Bereicherung aus dem Bahnbetrieb nicht etwa ausgeschlossen, sondern bloß der Gesamtheit vorbehalten.

Preußen ist bei solchem „Eisenbahnkommunismus“ recht wohl gefahren.

Man sieht nun deutlich, daß die Maßregeln, die im Dienste der Volksernährung angewendet oder vorgeschlagen werden, einer gradweisen Abstufung fähig sind. Man kann sich in der Tat dem Sozialismus schrittweise nähern und tut es auch in dem Maße, als man es muß. Aber sein Kernpunkt ist und bleibt die Bereicherungsfrage, die mit dem Eigentum untrennbar verknüpft ist. Diese Kernfrage zu lösen erfordert freilich mehr, als die bürgerliche Welt, selbst unter der Zucht rute des Krieges, aufgebracht hat und aller Wahrscheinlichkeit nach aufbringt. Wie weit wir von diesem Zentrum des sozialen Problems entfernt sind, zeigt uns täglich die handgreiflichste aller Kriegsercheinungen, der Kriegsgewinn!

Verteidigungskrieg!

In Breslau erschie der Abgeordnete Ledebour in der Volksversammlung — nicht Parteiverammlung —, um dem eigenen Parteigenossen Scheidemann öffentlich entgegenzutreten. Auf das Parteiwädliche solchen Vorgehens brauchen wir nicht noch besonders zurückzukommen. Dagegen ist es angebracht, den Kernsatz der Ledebourschen Ausführungen zu erfassen und daran nochmals die völlige Verfehltheit seiner sachlichen Auffassung aufzuzeigen. Ledebour erklärte:

„Am 4. August 1914, das hat Scheidemann merkwürdigerweise nicht erwähnt, hat die Fraktion in ihrer Sitzung nicht geschlossen für die Kredite gestimmt. Wir stimmten dann geschlossen im Reichstage, weil wir einen Verteidigungskrieg annahmen. Dieser Glaube ist uns aber durch den weiteren Verlauf des Krieges zerstört worden. Es ist nicht um das Schicksal des Genossen Scheidemann sondern aller Politiker, daß der Reichstanzler die Politik der sechs Verbände nicht haben will, aber trotzdem erklärt man nicht, wir verzichten auf alle Annexionen. Darauf kommt es eben an!“

Wir sind dem Genossen Ledebour dankbar für die Erklärung, daß er und seine Freunde im Reichstage für die Kredite stimmten, solange sie an den Verteidigungskrieg glaubten, und daß sie erst aufhörten dafür zu stimmen, als sie von diesem Gedanken abkamen. Vielleicht führt sie der weitere Verlauf der Kriegsergebnisse zu der Ueberzeugung zurück, daß Deutschland doch einen Verteidigungskrieg führt, und dann werden sie wieder für die Kredite stimmen. Für uns ist es nie zweifelhaft gewesen, daß Deutschland angeht des gegebenen Kräfteverhältnisses nichts anderes als einen Verteidigungskrieg führen kann. Dabei ist es ganz gleichgültig, wie einige unverantwortliche Eroberungsphantasten schwagen. Es ist auch gleichgültig, ob der verantwortliche Reichkanzler den Verzicht auf jeden Vordernberg in so eindeutiger Weise ausgesprochen hat, wie Ledebour es verlangt. Auch Ledebour könnte befreuen, daß eine noch weitergehende Erklärung, als der Kanzler sie gegeben hat, nicht das geringste am Stande der Dinge ändern würde. Nicht hierauf kommt es an, sondern auf etwas ganz anderes, vor dessen Erkenntnis Ledebour sich bedauerlicherweise verschließt.

Wie steht es denn mit dem „Eroberungskrieg“ in Wirklichkeit? Japan hat Kiautschou erobert und hält jeden, der an eine Rückgabe dieses Pachtgebietes an Deutschland glaubt, für eine humoristische Figur. Die deutschen Kolonien, von Mutterlande abgesehen, sind zum großen Teil in den Händen der Gegner, die auch nicht unbedeutende Landstrecken österreichischen und türkischen Gebiets besetzt halten. Die Gegner haben alle Meere für sich erobert, seit zwei Jahren ist die deutsche Handelsflagge von ihnen verschwinden. Die Partise Wirtschaftsjourenale hat einen umfassenden Plan beschlossene um das Gebiet, das Deutschland vor dem Kriege auf dem Weltmarkt friedlich beherrschte, für den Bierverband zu erobern und an allen Fronten drängt oder droht die Offensive der Gegner, um das von der deutschen Heeresmacht besetzte Gebiet zurückzuerobern und womöglich auch auf deutschem und österreichischem Boden vorzudringen.

Wenn vielleicht einmal, in einer viel früheren Phase des Weltkrieges, der Streit um Eroberungsziele einen ernsthaften Sinn haben konnte, so ist dies doch längst nicht mehr der Fall. Der ganze Streit ist überlebt, weil die Ziele der Eroberungspolitik nicht nur nicht wünschenswert, sondern auch nicht realisierbar sind. Es hat sich herausgestellt, was jeder ruhige Beurteiler der beiderseits gegebenen Kräfteverhältnisse im voraus wußte — daß dieser Krieg, selbst wenn er als Eroberungskrieg gewollt gewesen wäre, und selbst wenn es auch jetzt noch Eroberungsphantasten gibt, doch lediglich ein Verteidigungskrieg sein kann. Gerade heraus gesagt — es ist notwendig darüber ganz offen zu reden —, ob wir nun wollen oder nicht, wir werden nichts nehmen, weil wir nichts kriegen können.

So töricht und schädlich daher die Eroberungspläne sind, die in manchen Köpfen spuken, ebenso unbegreiflich ist andererseits, daß Ledebour und seine Gesinnungsgenossen

*) In dem Aufsatz: „Die notwendige Forderung“, Berliner Tageblatt vom 18. Juni.

nungsfreunde um die armen geschlagenen
Gegner mehr Sorge haben als um das eigene
Land!

Debatte fordert dem Reichstanzler völligen Gehör auf
Ansprüchen — darauf konnte es an. Über Debatte über-
sieht, daß kein Staatsmann auf der Gegenseite mit-
spricht gegen die Anwesenheit in den dortigen Staaten auf-
getreten ist als der Reichstanzler hierzulande. — Die militä-
rische Stellung Deutschlands in Ost und West, die Größe der
von den Deutschen bestrittenen Gebiete, kann als
Vogelwürger zu den von Gegnern erregenen Gerüchten
aufgehoben werden, den man nicht aus der Hand läßt und den
man auch nicht aus der Hand zu geben verspricht, solange man
nicht weiß, was man für dieses Zustandnis bekommt. Auf
diesem Standpunkt kann sich der leitende Staatsmann halten,
ohne daß er darum ein Eroberungspolitiker zu sein braucht.
Das riesengroße Deutschland der Zukunft ist ein Traum, der
manche lockt und viele sprengt, aber immer noch ein Traum.
Die Gegner aber wollen Deutschland klein, ganz klein kriegen,
und es ist noch immer das Aufgebot aller Kräfte nötig, damit
ihnen das nicht gelingt!

Kriegsnachrichten

Die Kämpfe um Verdun

„Politik“ in Kopenhagen meldet zu den Kämpfen bei
Verdun aus Paris: Ein Offizier, der an den Kämpfen teil-
nahm, versichert, daß kein Mensch imstande sei,
sich die einzelnen Szenen vorzustellen, die sich
abspielten, als die deutschen Heeresmassen in tiefen For-
mationen vorwärts drangen, während die juchende Kanonade,
die es je auf der Welt gab, von dem Echo
wiedergegeben wurde und unaufhörlich Wellenbrüche von
glühendem Blei sich über die kämpfenden ergossen. Weder
die Kräfte noch die Behörden verhehlen sich den Ernst der Lage,
die durch die letzten Ereignisse bei Verdun geschaffen worden
ist. Die vollständige Beschießung von Fleury, Chapitre
und des Huminwaldes würde es den Deutschen ermöglichen,
die Souveränität zwischen den Verbindungsstellen zwischen
Verdun und Rauc darstellt, gleichzeitig von vorne und von
hinten anzugreifen. Oberstleutnant Kousset schildert die Lage
als äußerst ernst. Ferné erklärt, daß Verdun durch den letzten
Siegswprung der Deutschen mehr als je bedroht sei.

Die dem „Kargauer Volksblatt“ aus Paris gemeldet
wird, hätten in den letzten Kämpfen bei Verdun die jüngsten
Altersklassen sehr große Verluste. Man hört in französischen
Offizierskreisen sagen, daß das Verduner Kommando 8000
Rekruten in ihren Stellungen restlos geopfert habe.

Der südliche Russeneindruck

bei vorläufig zur Besetzung der Bukowina durch die Heere des
Südens geführt. Ihr Vormarsch ist aber an den Karpaten
zum Stehen gebracht. Der deutschen Armee in Ungarn gebührt
wohl das Hauptverdienst in der Abwehr der russischen Angriffe.

Der italienische Krieg

bei den Italienern durch die russische Offensive gegen die
Osterrömer, etwas Entlastung gebracht. Die österreichischen
Truppen haben sich, ohne Verluste, etwas zurückgezogen, ohne
daß es den Italienern gelang, Vorteile zu erzwingen.

Die russischen Truppen geben kein Verdon

Aus Berlin meldet das B. L. S. amtlich: Russische Sol-
daten der Regimenter Nr. 209 und 210 von der 53. russischen
Division, die am 22. Juni in den Kämpfen bei der Heeres-
gruppe von Uringen gefangen wurden, sagten übereinstim-
mend aus, sie hätten den ausdrücklichen Befehl gehabt, keine
Deutschen gefangen zu nehmen, sondern sie ausnahmslos
niederzumachen. Diese Feststellung erklärt, daß die russische
Heeresleitung in ihrem amtlichen Bericht vom 22. Juni be-
hauptet, die russischen Truppen gäben keinen Verdon, da die
Deutschen Gefangenen gefangen verwendeten. Es bedarf keiner
Versicherung, daß diese Behauptung, wenn sie der russischen
Heeresleitung zuging, eine nichtswürdige Lüge ist. Die amt-
liche russische Erklärung entschuldigend somit lediglich die Be-
sitznahme russischer Kommandostellen. Die das Licht der Defensiv-
politik scheitern.

Friedenssehnsucht in Frankreich und England

Aus Bern bringt das B. L. S. folgende Meldung: In
französischen Blättern werden trotz der Entschärfung
und Friedenssehnsucht immer deutlicher er-
kennbar. Frankreichs Fortsetzung nach dem Eingreifen der
Engländer an der Westfront ist immer mehr herbei. So
sagt Marcel Cachin in der „Lumière“: Die Engländer ver-
fügen über ein ungeheures gut ausgerüstetes Heer, mächtige
Ordnung und reiche Munition. Die Gründe für das, was dieses
Heer leisten mag, was es leisten kann. Es wird hoffentlich
den Gang des Krieges ändern und so daß mit Zugewinn er-
wartete Ende beschleunigen.

Der „Labour Leader“, das Organ der englischen unab-
hängigen Arbeiterpartei, schreibt: Das Wort „Friede“ liegt
jetzt in England auf Lippen von Lippen. Liberal macht
die Hoffnung, daß in einigen Monaten der Krieg zu Ende sein
werde. Die meisten Gerüchte sind allerdings noch unserer
Meinung unbegründet. Daß aber jetzt mit solchem
Ehrgeiz über die Möglichkeit des Friedens ge-
sprochen wird, ist ein Zeichen, daß die öffentliche
Meinung ihn fordert.

Politische Rundschau

Wählerklassen im Schützengraben

Die Schützengraben-Versammlung hat es dem Abgeordneten
Schiedemann sehr übel genommen, daß er in seiner Breslauer
Rede sagte, ob man brauchen die Wähler 1. Klasse in den ersten
Schützengraben, die Wähler 2. Klasse in den zweiten Schützengra-
ben und die Wähler 3. Klasse in die Reserve stellen und daß
es keine 4. Klasse werde es gegeben, die Wähler 1. Klasse seien
im ersten Schützengraben gerade nicht zu finden. Das Sen-
tumsklein meint, die Verhältnisse entsprächen solche Schützengra-
ben.

Man es damit die besonders in der ersten Kriegs-
hälfte haben Opfer der aktiven Offiziere bis zum Obersten
meint, so darf es nicht vergessen, daß diese Offiziere, abgesehen
davon, daß sie kein Wahlrecht haben, auch durchaus nicht
übermäßig in die erste Klasse gehören, oft nicht einmal in die
zweite. Gehört doch selbst der Reichstanzler in die dritte Klasse
und der Hofrathmacher in die erste — ein Verhältnis, das
durch den Krieg natürlich eine ungewöhnliche Aufspaltung er-
fahren haben wird. Wir wollen uns darüber jetzt nicht strei-
ten, aber wir werden es sehen, wenn nach einmal Klassen-
wählerlisten herausgegeben werden sollten, wie es mit dem
Schützengraben und der Wählerklasse steht. Einer Prüfung
der zukünftigen Listen sehen wir mit Spannung entgegen.

Die Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft

Nach die Parteigenossen, die zunächst noch glaubten, die
Abspaltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch
Haafe Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mehr aus Ge-
fühl als Ueberzeugung nicht mißbilligen zu sollen, haben über
deren Reichstagspolitik den Kopf geschüttelt. Was soll man
auch dazu sagen, daß die Soz. A.-G. mit Heidebrand und
Westarp sogar die direkte Besteuerung der Kriegsspekulanten
mit dem Hintergedanken abschlehte, daß die Steuer durch die
anderen Parteien doch angenommen werden würde. Hat ein
solches Verhalten, ausgesprochenemachen gegen den Erfolg zu
stimmen, den man selber wünscht, überhaupt noch etwas mit
Politik und politischer Ehrlichkeit zu tun? Die Leipziger
Volkszeitung sucht die mit Haafe gegangenen Reichs-
tagsabgeordneten in der allerdings ganz und gar nicht prin-
zipiellen Weise zu entschuldigen, daß sie meinten, diese hätten
eine stärkere Belastung des Volkes nicht herbeiführen können,
weil die bürgerlichen Parteien jene Besitzsteuer unter allen
Umständen angenommen hätten. Von Logik wollen wir bei
dieser Beweisführung nicht reden. Die Soz. A.-G. hat sich
doch aber angeblickt aus dem Grunde von der sozialdemokrati-
schen Reichstagsfraktion getrennt, weil diese nicht charaktervoll
genug gewesen seien. Haafe und seine Freunde mußten
also wollen, daß alle 111 Mann der Sozialdemokratie im
Reichstage gegen die neue Besitzsteuer stimmten hätten. So
kühlgelübt ist nun doch aber der Einfältigkeit nicht, daß in
diesem Falle nur die paar feudalen Aristokraten Heidebrand
und Graf Westarp mit Haafe gegen die Steuer gestimmt haben
würden. Dann hätten ganz selbstverständlich alle die zahl-
reichen Gegner der direkten Reichsteuern, die die sogenannte
Schwarzblau Finanzreform von 1908 gemacht haben, mit
Wonne die Gelegenheit benutzt, im Schatten der sozialdemo-
kratischen Verantwortung gegen die Besitzsteuer zu stimmen
und sie damit glatt zu Fall zu bringen. Selbstverständlich
würde der Ausfall an Einnahmen dann leichter durch noch
stärkere Besteuerung der Arbeiter ausgeglichen worden sein.
Einzig und allein die Haltung der Sozial-
demokratischen Fraktion hat diese neue
Volksbedrückung verhindert! Nur weil diese
Genossen sich vor das schon viel zu stark belastete Volk stellen,
konnte die Soz. A.-G. sich ihre objektivarbeiterfeindliche Ab-
stimmung leisten. Aber auch aus einem anderen Gesichts-
punkt ist die Steuerabstimmung bereit um Haafe gesunde gesagt
ein psychologisch Mittel. Haafe hat sich selber nach am
10. März 1915 im Reichstage in freier Rede, und nicht
etwa durch eine vorher von der Fraktion formulierte Erklä-
rung, in folgender Weise für die Notwendigkeit der stärkeren
Beisteuerung des Besitzes ausgesprochen:

„Meine Herren, die enormen Ausgaben, die dem Reiche
ermachen, wie der Herr Schatzkammer eben ausgeführt hat, wer-
den ergiebige Einnahmequellen fordern. Es ist nicht unbillig, zu
verlangen, daß diejenigen, die in dieser Zeit der Not ihr Vermögen
vermehrten, einen großen Teil ihres Zuwachses an das Reich ab-
geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr
Schatzkammer wird gern das für diesen Zweck sehr geeignete
Besitzsteuerrecht einer näheren Prüfung unterziehen. (Sehr wahr!
bei den Sozialdemokraten.) Berücksichtigt man es geradezu
wirken, wenn die Spekulanten und Diebstahler, die aus der Not
unseres Volkes Geld gemacht haben, völlig ungeachtet davon-
kommen sollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)“

So Haafe wörtlich am 10. März 1915. Und heute, da
die alte Fraktion durch die Tat zu erreichen suchte, was Haafe
damals so bereit forderte, wird sie von den Reichstagsgemein-
schaftlern und von den Spartacus-Leuten als Verräterin der
Arbeiterinteressen und als Hörige des Imperialismus be-
schimpft!

Das Kapitalabfindungsgesetz für Kriegs-
invaliden wurde ebenfalls durch die Soz. A.-G. und zwar mit
der Begründung abgelehnt, daß die Invaliden dadurch zu sehr
geleitet würden. Wir wollen auch über diese Methode nicht
moralisch urteilen. Wir stellen fest, daß außer andern, von
der Sozialdemokratischen Fraktion geschaffenen, Sicherungen
der Kriegsinvaliden durch die stets nur freiwillig mögliche
Kapitalabfindung keineswegs dauernd die Rente verliert. So-
bald er die früher erhaltene Summe zurückzahlt, wird ihm die
Rente unverändert weiter gewährt. Wir wollen den Arbeiter
leben, vor dem die Ablehnung der Soz. A.-G. hiernach noch
Verständnis findet.

— Sieg der Sozialdemokratie in Reichenbach-Neurode.
Das B. L. S. meldet aus Neurode:

Neurode, 27. Juni. Bei der Reichstagswahl am
20. Juni wurde der sozialdemokratische
Kandidat Hermann Müller aus Berlin-Wilmersdorf mit über-
wiegender Stimmenmehrheit gegen den freikonservativen
Landesgerichtsrat Kranke-Neurode gewählt. Juni Wahl-
beiräte haben nach aus, die aber an dem Wahlresultat nichts
ändern.

Genosse Müller erhielt 2002, der freikonservative
Kandidat Krause 7. Die Wahlzeit 17 und Adolf
Hoffmann 1 Stimme. Die freikonservativen haben den
Vorzug nach nicht gekriegt.

Das Steuerombudsmann

Es hat vom preussischen Abgeordnetenhaus haben vorge-
schlagen, daß die erhaltene Steuerzuschläge zunächst bis Ende
1917, und wenn der Krieg dann noch weiter dauert oder ein
neues Gesetz über die Zuschläge noch nicht zustande gekommen
ist, bis zum 1. Juli 1918 erachtet werden. In der Gesamtsitzung
des Abgeordnetenhauses befürwortete der Finanzminister die

Annahme dieses Antrags der bürgerlichen Parteien, wobei er
betonte, daß auf die Zuschläge überhaupt nie mehr werde ver-
zichtet werden können, da die Finanzlage immer enger wird.
Genosse Ströbel erklärte, daß die Sozialdemokraten
das Gesetz ablehnen, weil es schon bei einem Ein-
kommen von nur 200 Mark beginnt, weil es ein Mittel dazu
darstellt, die einheitliche Gestaltung der Finanz-
verhältnisse im ganzen Reiche zu erschweren
und weil unser Steuerprogramm jährliche Steuerbewilligungen
fordert, nicht aber Steuerbewilligungen auf mehrere Jahre zu-
läßt. Daneben machte Ströbel einige Bemerkungen über die
Fortdauer des Krieges und über das Kapital im Kriege, die
ihn in Konflikt mit der Rechten und dem Präsidenten brachten.
Eine anstehende Polemik des freikonservativen Abg. Frhrn.
v. Zehlfries Ströbel nachher nach zurück. Das Gesetz wurde
entgegen den Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen
angenommen.

Am Schluß der Sitzung, die die letzte in dieser Tagung
sein wird, wenn nicht etwa das Herrenhaus nochmals eine
Änderung vornimmt, gab es eine Geschäftsordnungsdebatte.
Abg. H. Hoffmann verlangte mit Recht, daß in der
Sitzung am Montag nochmals die Ernährungsfragen
besprochen werden, und er begründete dieses Verlangen gegen-
über den Hinweis der bürgerlichen Redner auf die früheren
Beratungen im Reichstag und Landtag damit, daß seit die-
sen Debatten und Beschlüssen wichtige Dinge
und ernste Veränderungen eingetreten seien,
die es nötig machten, daß das Haus das Kriegsernährungsamt
und seinen parlamentarischen Beirat zu energischer Pflicht-
erfüllung mahne. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Er-
nährungsfrage wird also im preussischen Abgeordnetenhaus
nicht erörtert.

Das Herrenhaus ließ am 27. Juni, unter Aufrecht-
erhaltung seines grundsätzlichen Standpunktes, seinen Wider-
spruch gegen die Stellungnahme des Abgeordnetenhauses
fallen, und stimmte der Steuervorlage in der von diesem be-
schlossenen Form zu. Beide Häuser wurden dann bis zum
14. November vertagt.

— Generallandschaftsrat von Bülow ist durch Kabinetts-
order vom 22. Juni 1916 in Bewilligung seines Abschieds-
gesuchs in das Verhältnis der zur Disposition stehenden Offi-
ziere eingetreten. Bülow war bei Beginn des Weltkrieges
Oberbefehlshaber der zweiten Armee, die den Angriff auf
Belgien durchführte, nachdem der erste Handstreich auf die
Festung nicht vollen Erfolg hatte. Dann leitete Bülow als ge-
meinamer Oberbefehlshaber über die erste und zweite Armee
den schnellen Durchmarsch durch Belgien. An der Marne dedie
die Armee Bülow gemeinschaftlich mit der Armee von Kluck
den Vormarsch an die Aisne. An der Aisne-Front befehligte
Bülow zunächst beiderseits Reims und leitete als Oberbefehlshaber
über die Heeresgruppe des rechten Flügels die Abwehr
französisch-englischer Angriffe gegen die Aisne-Stellung. Seit
10. Oktober war General von Bülow Oberbefehlshaber der neu
eingestellten zweiten Armee.

Das Reichstanzlerkath gegen Landschaftsdirektor Kapp.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zum Fall Kapp:
„Durch das in die Presse gelangte Rundschreiben des Ge-
nerallandschaftsdirektors Kapp ist eine erneute Erörterung des
Falles hervorgerufen worden. Die Presse beschäftigt sich insbe-
sondere mit den Eingangssätzen der Kappschen Erklärung. Kapp
machte der Politik des Reichstanzlers den Vorwurf der Unfähig-
keit und Schwäche. Der Reichstanzler gebrauchte gegen Kapp
persönliche Schimpfworte. Diese Darstellung des Sachverhaltes
wird in einer Reihe von Zeitungen abgelehnt. Die „Aussagezeitung“
dagegen tritt ihr bei, indem sie erklärt, Kapp sei tatsächlich persön-
lich beschimpft. Das Blatt unterläßt eine Prüfung der Frage,
ob die Kappsche Denkschrift nicht weit über jede zulässige Kampf-
weise hinausgegangen ist. Dadurch werden folgende Angaben
nötig: Die Kappsche Denkschrift behauptet, die Hand-
habung der Zensur erwecke den Eindruck, daß sie
weniger in den Dienst der vaterländischen Sache,
als in den der gegenwärtig sich an leitender
Stelle befindlichen Männer gestellt wird, zum
persönlichen Schutz gegen Angriffe, denen sie wegen ihrer Haltung
auf politischem und wirtschaftspolitischen Gebiete ausgesetzt sind.
Die Denkschrift spricht von dem Gefühl einer vaterländischen Krise,
daß die politische Zeitung ihrer Aufgabe nicht ge-
wachsen sei und fährt fort: Der Reichstanzler beruft sich dem-
gegenüber auf die unbedingt notwendige Einigkeit des Volkes,
das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen müsse. Die
Parole der Einigkeit hängt an, bei uns dieselbe unglück-
liche Rolle zu spielen, wie einst 1806 das nach Sena ge-
fallene staatsverräterische Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.
Die Denkschrift sagt: Das Volk schenke der Versicherung der politi-
schen Zeitung, daß nicht Unentschlossenheit, vielmehr nur
nüchternere Abwägung aller in Betracht kommenden Momente in
der Unterseebohrfrage führend sei, keinen Glauben mehr. Jetzt hat
es erkannt, daß nicht Mut, sondern Wankelmüt es ist, der
diese Waffe seit über Jahrzehnte nicht geführt, sondern immer
wieder gehemmt hat. Die Denkschrift erhebt ferner die Normirung:
Preisgeheimheit eines völkischen Ansehens, muß eine
Unentschlossenheit, Uebergriffung der Grenzen, die der
Rückgebildigkeit durch unsere Ehre gezogen sind usw. Hiernach kann
niemand über den klaren Tatbestand im Zweifel sein. Es fordert
Angriffe unerhörter Art vor, die eine scharfe Abwehr erfordern
im Staatsinteresse. Es geht nicht an, daß man jetzt versucht, den
Angreifer als Beleidigten hinzustellen.“

Herr Kapp ist wirklich am allerwenigsten dazu berufen, im
Namen des Volkes zu sprechen. Der allergrößte Teil des Volkes
wird von seiner Politik nicht das mindeste wissen.

Generallandschaftsdirektor Kapp gemachregelt.

In den Zeitungen macht Herr Kapp bekannt, daß das im
Kriege hierfür zuvorige königliche Staatsministerium durch
Entscheidung vom 20. d. M. seiner vom 52. General-Landtag
der Ostpreussischen Landschaft am 23. März d. J. getätigten
Wiederwahl zum Generallandschaftsdirektor für die Zeit vom
1. Juli 1916 bis ebendahin 1922 die Befähigung verjagt habe.
Die Führung der Geschäfte gehe daher mit dem 1. Juli auf
seinen Stellvertreter, den dienstältesten Departements-Land-
schafts-Direktor Herrn Siegfried-Sausgörten, über.

Aufruf für den Parteifrieden!

Von einer großen Anzahl führender Genossen, die zum Teil der Mehrheit, zum Teil der Minderheit der Partei angehören, geht uns folgender Aufruf zu, den wir unter unserer vollen Zustimmung veröffentlichen.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Die weltgeschichtliche Zeit, die wir durchleben, hat uns auf das tiefste erschüttert: Die ganze Menschheit, die Weltwirtschaft, alle Teile unseres Volkes, unsere Volkswirtschaft, ja jeden einzelnen von uns.

Die nahe und ferne Zukunft werden uns lehren, was aus den Ruinen erwachsen wird. Vieles, was uns früher unmöglich schien, wird sich als möglich erweisen, vieles, was uns leicht möglich schien, kann als undurchführbar erkannt werden.

Aufs tiefste muß uns alle betrüben der Zustand der Partei. Wir empfinden als den schwersten Verlust der Arbeiterklasse, daß der Krieg die Partei in ihren Grundfesten erschüttert und ihren Zusammenhang gelockert hat.

Je mehr wir an der Partei hängen, je mehr unser Leben und Streben, unser Wollen und Zielen mit der Sozialdemokratie unzerreißbar verbunden ist, desto mehr erfüllt uns das Streben, die alte Geschlossenheit der Partei, die Kameradschaftlichkeit im geselligen Verkehr und das Vertrauen zur Partei und zu uns selbst wieder herzustellen.

Niemals war es wichtiger, die Arbeiterorganisation, zu deren Aufbau ein halbes Jahrhundert nötig war, fortzusetzen und die zusammengefallene Macht von mehr als 4 Millionen Wählern vor einem Auseinanderfließen zu bewahren.

Der Vorteil, den die Landwirtschaft aus diesem System der Entlohnung herausholt, tritt noch deutlicher zutage, wenn man die Lohnverhältnisse vor dem Kriege berücksichtigt, wo der Landwirt seine Erzeugnisse bekanntlich zu weit niedrigeren Preisen wie jetzt verkaufen mußte.

Die Zustände, soweit die Kriegsgefangenen als Arbeiter und die hierbei erzielten Kriegsergebnisse der Arbeitgeber in Betracht kommen. Eine besondere Berücksichtigung beanspruchen aber noch die Aufwendungen des Staates, die den Landwirten zugute kommen.

„Nimmt man an“ — schreibt Dr. Michaelis in dem zitierten Artikel — „dass drei Viertel Millionen Gefangene in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bedeutet der Zuschuß von 60 Pf. auf den Kopf und Tag eine tägliche Ausgabe von 450 000 Mark, was einer monatlichen Ausgabe von 13 1/2 Millionen und einer jährlichen Ausgabe von 162 Millionen entspricht.“

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

„Nimmt man an“ — schreibt Dr. Michaelis in dem zitierten Artikel — „dass drei Viertel Millionen Gefangene in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bedeutet der Zuschuß von 60 Pf. auf den Kopf und Tag eine tägliche Ausgabe von 450 000 Mark, was einer monatlichen Ausgabe von 13 1/2 Millionen und einer jährlichen Ausgabe von 162 Millionen entspricht.“

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

„Nimmt man an“ — schreibt Dr. Michaelis in dem zitierten Artikel — „dass drei Viertel Millionen Gefangene in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bedeutet der Zuschuß von 60 Pf. auf den Kopf und Tag eine tägliche Ausgabe von 450 000 Mark, was einer monatlichen Ausgabe von 13 1/2 Millionen und einer jährlichen Ausgabe von 162 Millionen entspricht.“

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

„Nimmt man an“ — schreibt Dr. Michaelis in dem zitierten Artikel — „dass drei Viertel Millionen Gefangene in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bedeutet der Zuschuß von 60 Pf. auf den Kopf und Tag eine tägliche Ausgabe von 450 000 Mark, was einer monatlichen Ausgabe von 13 1/2 Millionen und einer jährlichen Ausgabe von 162 Millionen entspricht.“

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

- Schmitt, Franz, München. Baudert, A., Weimar. Beyer, Georg, Köln. Braun, Adolf, Nürnberg. Dirschner, W., Würzburg. Erdmann, Dr., August, Köln. Feldmann, Franz, Oberlangenbielau. Haberland, Karl, Elberfeld. Hafenzahl, Ludwig, Erbach. Heilmann, Hugo, Berlin. Hierl, W., Schwabach. Hirsch, Paul, Charlottenburg. Hoffmann, Johannes, Kaiserslautern. Hofmann, Arthur, Saalfeld. Hoppe, Martha, Berlin. Hue, Otto, Bochum. Hübsch, Karl, Berlin. Kleemann, Ernst, Berlin. Klingler, Karl, Berlin. Köhler, Karl, Berlin. Krogge, Franz, Berlin. Krähig, Hermann, Berlin. Kreuzer, Hubert, Berlin. Limberg, H., Essen. Löbe, Paul, Breslau. Müllich, Aug., Leipzig. Meerfeld, J., Köln. Meißner, A., Altenburg. Respitäl, Robert, Rostock. Niebuhr, Otto, Elberfeld. Raag, W., Leipzig. Prillwicz, W., Berlin. Raute, Gustav, Ellenburg. Reichelt, Albin, Berlin. Rößhaupter, Albert, Augsburg. Sabath, Gustav, Berlin. Sachse, Hermann, Bochum. Schneider, Heinrich, Hannover. Schneider, Joh., Charlottenburg. Schrader, Karl, Berlin. Segel, Martin, Würzburg. Sellmann, W., Köln. Spiegel, Karl, Düsseldorf. Staron, Franz, Rostock. Thiele, Adolf, Halle a. d. S. Ulrich, Karl, Offenbach. Vogel, Hans, Würzburg. Wagener, Paul, Berlin. Weismann, A., Freiburg i. B. Wismann, Georg, Bochum. Wittmann, Ernst, Magdeburg. Zehms, Otto, Berlin. Zernide, Emil, Berlin.

Eine Liebesgabe an die Landwirtschaft

Der „Vorwärts“ schreibt: In den agrarischen Blättern wurde dieser Tage bewegliche Klage darüber geführt, daß Kriegsgefangene für landwirtschaftliche Arbeiten nicht in hinreichender Zahl zu erhalten seien, und die „Deutsche Tageszeitung“ ging so weit, in der ihr eigenen Art, „dem dringenden Wünsche Ausdruck zu geben, daß solche Schwierigkeiten gegebenenfalls durch allgemeine Anordnungen sobald als möglich und so gründlich wie möglich beseitigt werden.“

Die Dinge liegen hier so, daß durch eine gemeinschaftliche Entschliessung des preussischen Landwirtschaftsministers und des preussischen Kriegsministers vom 15. April dieses Jahres der Landwirt für jeden von ihm beschäftigten Gefangenen und für jeden zur Bewachung abgeordneten Soldaten einen täglichen Verpflegungszuschuß von 60 Pf. erhält, während er selbst nur einen Tagelohn von 30 Pf. für jeden Werktag dem Gefangenen zu zahlen verpflichtet ist.

Der Vorteil, den die Landwirtschaft aus diesem System der Entlohnung herausholt, tritt noch deutlicher zutage, wenn man die Lohnverhältnisse vor dem Kriege berücksichtigt, wo der Landwirt seine Erzeugnisse bekanntlich zu weit niedrigeren Preisen wie jetzt verkaufen mußte. Wie uns ein Korrespondent aus dem Danziger Bezirk mitteilt, erhielt ein russischer Landarbeiter in Friedenszeiten im Durchschnitt: 1. freie Station = 1 Mark, 2. Barlohn = 2 Mark, insgesamt also 3 Mark pro Tag.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

Die politische und wirtschaftliche Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden. Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht allzu schwer sein.

häufigkeit“ der Landwirtschaft gegenüber gekennzeichnet werden. Wir können hierzu nur sagen, daß die Kritik des Herrn Michaelis an den geschäfterten Zu-änden noch außerordentlich milde genannt werden muß.

Danziger Nachrichten

Prekelkommission. Alle Mitteilungen sind an den Vorliegenden Genossen Max Borchert, Danzig, Langfuhr, Eifenstraße 21, 2. Etage, zu richten.

Kinderpflege und Almosen.

Es wird nicht mehr lange dauern und das nordische Venedig wird man allgemein als die Stadt der Almosen oder gar noch deutlicher bezeichnen. Fast alle größeren Städte haben schon längst die Kinderpflege als eine der wichtigsten Aufgaben in den Kreis ihrer Pflichten aufgenommen. Nur Danzig hinkt leider auch auf diesem Gebiet und sogar noch im Kriege weit hinten nach. Unser Ruf nach Schulküchen ist immer wieder ungehört verhallt. Dabei gibt die Stadt München 10 000 Schulkindern Mittagessen und 7000 Kindern Frühstück. In unserem Danzig kennt man solche Einrichtung noch überhaupt nicht. Mit noch geringeren Kosten könnte die Stadt den Kindern der Vermeren, die ja fast ausschließlich Kriegerkinder sind, in der schönen Umgebung Erholung für Geist und Körper bieten. In dieser Hinsicht gibt es aber nicht einmal eine G. m. b. H. Auch die bürgerlichen Zeitungen, die so weise von der Verhöhnung der Kinder zu schmähen wissen, fordern nicht die Hinausführung der Kinder in die Natur. Ein schon lange bestehender „Wohltätigkeitsverein für Ferienkolonien“ klagt Jahr für Jahr, wie wenig bare Unterstützung er aus den Kreisen derer findet, denen Bade- und Gebirgsreisen zu Selbstverständlichkeiten des Lebens gehören. In der am 27. Juni im Rathaus abgehaltenen Versammlung klagte Konzil Sieg, daß dem Verein seine Aufgabe ständig schwerer werde. Er könne nicht die 1500 Mark Mehrkosten aufbringen, die er haben müsse, wenn er wieder 745 Kindern wie im vorigen Jahre Sommeraufenthalt verschaffen wolle. Dabei hat man nur 210 Kinder in Ferienkolonien schicken können. Etwa 50 wurden nur nach Heubude gebracht, um sich an der See und im Walde zu erholen. Ueber 20 000 Kinder besuchen aber die städtischen Volksschulen. Daraus kann man ermaßen, wie ungeheuer wenig das ist, was der Verein getan hat. — Alles Betteln um die Gnade der zahlungsfähigen Bürger verhindert nur eine wirklich wirksame Kinderpflege. Wo es sich um die Kinder, die ganze Zukunft unseres kämpfenden Volkes handelt, muß offen gesprochen werden. Wer das will, muß unbedingt fordern, daß die Stadtgemeinde im weitesten Umfang ihre Pflicht und Schuldbigkeit gegen das kommende Geschlecht erfüllt und dies nicht länger mit lärglichen Almosen abipeifen läßt.

Gottscheid in fabula

Der Erfolg, den wir mit der Fernhaltung des aus der Danziger Schneiderfirma Franz Werner stammenden Posener Theaterdirektors Gottscheid vom hiesigen Stadttheater erzielt haben, erweist sich täglich als wertvoller. Den phantasiereichen Irrtum des inzwischen zur Berühmtheit gewordenen Herrn über den Rücktritt von seiner hiesigen „Wahl“ haben wir schon mehrfach ins richtige Licht gestellt. Danach behauptete er bekanntlich am 18. März in der Elbinger Zeitung, daß er zu seinem Bedauern die auf ihn gefallene „Wahl“ zum Danziger Theaterdirektor nicht annehmen konnte. Tatsächlich war der gute Mann gar nicht gewählt, sondern hatte seine Bewerbung aus sehr triftigen Gründen schon vor der am 14. März erfolgten Wahl zurückgezogen. In dieser Zurückziehung waren wir, was für uns kein geringes Verdienst ist, nicht unbeteiligt. Neuerdings wird dieser Vorgang, was die Rolle Franz Gottscheids keineswegs verbessert, in einem unterm 28. März vom Magistrat in Posen den dortigen Stadtverordneten erstatteten Bericht noch in besonderer Weise beleuchtet. Der Magistrat teilt in wundervoller Uebereinstimmung mit dem Empfinden des Herrn Gottscheid am 1. April mit, daß dieser die „ihm angetragene Leitung“ des Danziger Theaters „nach Fühlungsnahme mit der gemischten Danziger Theaterkommission abgelehnt habe.“ Hier ist also wenigstens nicht mehr von der Ablehnung einer Wahl die Rede, sondern nur von einer angetragenen Leitung. Warum schreibt der Posener Magistrat um alles in der Welt nicht, daß es sich auch gar nicht um eine angetragene Leitung, sondern um eine einfache Bewerbung gehandelt hat? Welcher Grund zwang dazu eine Bewerbung, an der Gottscheid beteiligt ist, in Worten so hoch einzuschätzen? Dazu kennt doch der Oberbürgermeister von Posen amtlich ganz genau die Gründe und Tatsachen, die den Rücktritt von der Bewerbung notwendig gemacht haben!

Diese kennt auch in vollem Umfange der Danziger Oberbürgermeister Scholz. Trohden bestimmte er Gottscheid kürzlich als einzigen hochschätzenden Vertrauensmann zur Beurteilung des Wertes des alten Theaterfundus für die Entschädigung des bisherigen Direktors Grünher. Wir deuteten schon an, daß es phantasiereiche Herrschaften in Danzig gibt, die ihren Gottscheid mit zäher Beharrlichkeit über diese famose Schätzungsaktion wegen seiner künstlerischen Qualitäten doch noch einst zum Leiter der Danziger Theatergeschichte befördern möchten. Diese „künstlerischen Qualitäten“ haben nun unlängst in der Posener Stadtverordnetenversammlung zu einer schroffen Beurteilung Gottscheids geführt. Mit einziger Ausnahme des Oberbürgermeisters und des Theaterdezernenten forderten die Stadtverordneten einstimmig Besserung der sozialen und künstlerischen Verhältnisse und die Erfüllung der elementarsten sozialpolitischen Forderungen gegen die Künstler! Darauf beschaffte sich mit dieser bemerkenswerten Beurteilung Gottscheids der Neue Weg, das amtliche Organ der Bühnengenossenschaft, Gottscheid darauf dem Blatte eine angebliche Erwiderung, deren glinde gesagt, märchenhafte Gestaltungskunst am besten bezeugt, wie glücklich Danzig sein kann, daß es diesen Direktor

... erhalten hat. Wir bedauern unendlich, jene Erklärung und die Erklärung, die der Generalkontrakt Dr. G. S. ...

Kaputtgelaufene Kunstler.

Bei den Beratungen des aus unbekanntem Gründen längst entschlossenen Projektes einer Danziger Stadthalle wurde ebenfalls aus ansehnlich neutralen Gründen der Wunsch künstlerischer politischer Beratungen gefordert. Wie wies sofort darauf hin, daß diese Maßnahme nicht politische Neutralität, sondern schroffe politische Parteinahme gegen die Sozialdemokratie bedeuten würde, der damals als einziger politischer Vertreter sämtliche städtische Räte, mit Billigung des jetzigen liberalen Landtagsabgeordneten Dr. Hermann, verweigert wurden. Neuerdings scheint auch in bürgerlichen Kreisen jene „Neutralität“ anders beurteilt zu werden. Auch scheint man einzusehen, daß es eine unvermeidliche Herabwürdigung der Kunst ist, wenn man gerade ihre Bekämpfung in solchen Fällen unterliegt. Neuerdings bewilligte die Königsberger Stadterordneten 60.000 Mark Zuschuß für die dortige Stadthalle. Dazu schrieb die liberale Hartungische Zeitung:

Daß bisher politische Vereine von der Stadthalle ausgeschlossen waren, ist ein alter Topf, der nach dem Kriege abgegraben werden sollte. Jede politische Richtung, gleichviel wie sie heißt, muß sich dort „kummeln“ können, und wenn binnen drei Jahren wieder über die Kosten der Stadthalle gesprochen und abgestimmt wird — nur auf diese Frist ist der Zuschuß bewilligt worden — so sollte man die politische Benützung des Hauses geradezu als Bedingung festlegen.

Zu dieser gerade für ein liberales Blatt auffälligen Einschätzung bemerkt die Königsberger Volkszeitung am 26. Juni recht lehrreich:

Als der erste Zuschuß für die Stadthalle gefordert wurde, stellten die sozialdemokratischen Stadterordneten den Antrag, die Stadthalle auch den politischen Vereinen zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde aber von der liberalen Mehrheit abgelehnt, und die „Hartungische Zeitung“ hat damals gegen diesen Beschluß nichts einzuwenden gehabt. Jetzt — nachdem die organisierte Arbeiterschaft selbst über ein großes Versammlungslokal verfügt — empfindet die „Hartungische Zeitung“ den Beschluß als — „alten Topf“.

— Ein Oberbürgermeister in der Arbeiterversammlung. Der vier Oberbürgermeister hat am Sonntag auf Einladung des Vorsitzenden der Arbeitervereine des Reichsverbandes der Arbeitervereine in einer außerordentlichen Sitzung — hauptsächlich von Werftarbeitern — beschlossenen Arbeiterversammlung im Gewerkschaftshaus über die Lebensmittelförderung Rede gehalten. In seinem einseitigen Vortrage über das, was bisher in Kiel geschehen ist, hat er u. a. auch hervorgehoben, daß die Brotkrumen und Stücken, die von den zuständigen Stellen angeworfen waren, der Stadt Lebensmittel zuführen, nicht leicht zu haben. Wenn die Stadt bei Abgabe der von ihr bezogenen Lebensmittel anfänglich mit Mängeln gequälte habe, so hat er sich die Ersparung und Verschwendung dieser Leute bei der Lebensmittelförderung zu sichern. In der Bevölkerung sei aber zu Unrecht der Wegwahn entstanden, daß diese Leute sich Vorräte aufhäuferten und unrettliche Wucherer treiben. Um aber die Arbeiter der großen Masse der Konsumenten zu erhalten, sei die Stadtverwaltung dazu übergegangen, die von der reichsten Bevölkerung durch ein an die Konsumenten abzugeben, sei auf die Gefahr hin, daß dabei zunächst mangelhafte Unzulänglichkeiten entstehen. Der Redner erklärte noch, daß die Stadt alles tun werde, um die Lebensmittelförderung so günstig wie möglich zu gestalten, daß aber auch nötig sei, daß die Bevölkerung die höchsten Behörden durch Befolgung der nötigen Anordnungen fröhlich unterstützen. In dem Vortrag schloß sich eine lebhafte, aber lebhafte Debatte, in der verschiedene Wünsche, besonders der nach einer reichlichen und preiswerten Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, laut wurden. Der Oberbürgermeister verließ, daß die Lebensmittel an die geeigneten Anzeigen, in der Bevölkerung zu geben, welche und welche auch im Hinblick auf die Stadt Kiel, ebenso wie andere Städte auf das Reichsgebiet sich bemühen sollte, an höherer Stelle auf Beförderung der vielen befallenen Mängel hinzuwirken.

Doch Stadtrat Herzog!

Nu uns werden nicht wenige Bürger Danzigs sehr verärgert die Mitteilung entgegen nehmen, daß der Bauwerksmeister ohne Bewehrung und höhere Vorrichtungen der Beton der Norddeutschen Baugewerkschaftsvereinschaft Herzog vom Regierungspräsidenten doch als Sachverständiger beauftragt worden ist. Schließlich haben wir diese Befähigung nicht zu bedauern. Es muß aber doch eigenartig auf das Urteil der Bürger wirken, die da wissen, daß er vom Regierungspräsidenten zur Wiederholung des Vortrages in der Berufungsgemeinschaft gezwungen wurde, daß ihm ferner ein großer Teil des höheren Ranges der Handelskammer Danzig zur Vermeidung des Regierungspräsidenten entgegen wurde und daß derselbe Mann sich zugleich auf den Stuhl des Stadtrats setzen darf. Was dem Bürgermeistern kann eine solche Befähigung sein etwas zu tun haben. Der Bürgerliche schloß früher übliche politische Erwägungen bei der Befähigung um Dinge der hier vorliegenden Art können von ihm aber unmöglich bestritten werden. Eine höhere Befähigung würde doch wohl zu einer anderen Entscheidung kommen. Der Stadtrat beauftragt worden.

Psychologische Rätsel.

Den ruhigen Tagen überlassen in Danzig und Umgebung Gerichte, nach denen Heile und andere an der Seebrücke gewaltige Unfälle amangenehme getraut sein sollen. Man sollte wissen, daß ein Teil von Japan, ebenso ein Teil von Korea, von dieser Maßnahme betroffen worden ist. Das sollte für Heubede gelten. In der Umkleekabine dieser Bahnhöfe befindet sich ein Spiegel. Die Räumung ist nicht erfolgt, und es scheint auch kein Anhalt dafür, daß sie erfolgen wird. In jedem Fall wäre nichts nützlicher, als gegen die, die in etwas glauben und verhalten, Anklagen zu erheben.

Mit vollem Recht muß man zwar fordern, daß auch in den schweren Zeiten des Krieges niemand den Kopf verliert und den Dingen mit Mut und Einsicht gegenüber steht. Soziale kann man sich aber die Menschen nicht ideal denken. Man muß sie nehmen, wie sie sind. Und für jeden Kenner des Volkes ist es keine Ueberrasschung, daß die vielfach verschlungenen und schwer erfüllbaren Erwartungen des Krieges den Boden bereiten, auf dem solche Gerüchte nur zu leicht Nahrung finden. Mit ruhigem Ernst und mit klarem Verstand sollte man daher auf die Irrreden einwirken, die sich selbst und anderen durch solche falschen Glauben des Lebens mehr als nötig erschweren. Von diesem Verständnis und besserer Einsicht zeugt aber verdammt wenig der schon mehr kolossale Aufsatz „Ein furchtbares Ungeheuer“, durch den die Danziger Zeitung am 27. Juni die Reden von den Räumungen widerlegen zu können glaubt. So spießig entstehen solche Behauptungen ganz gewiß nicht. Der Verfasser jener Notiz beweist höchstens, daß er ganz und gar nicht berufen ist, sich geistig über diejenigen zu erheben, über die er seinen blühenden Spott ergießt. Den gleichen leichtfertigen Unverstand bezeugt das Westpreussische Volksblatt, das am gleichen Tage des Lesers über die Lorbeeren von „Herrn und Frau Langmeister“ schwärmt. Aus gewissen Gründen könnte es uns sehr gleichgültig sein, mit welchem behauerlichem Wirtelmaß ein Geist bürgerliche Blätter selbst in dieser Zeit geschrieben werden. Die Wirkungen solcher Schreibweise können aber der Allgemeinheit nicht gleichgültig bleiben. Die Presse hat jetzt mehr denn je die hohe verantwortliche Aufgabe, Berater und Leiter der Massen zu sein. Diese Aufgabe kann sie mit Erfolg nur dann erfüllen, wenn sie moralische Autorität besitzt und ihr Glauben entgegengebracht wird. Verleghende Unverständlichkeiten und überhebende Urteile können ihr Ansehen nur aufs Schwerste erschüttern, und müssen dahin wirken, daß dieser Art Presse gar nichts mehr geglaubt wird.

Nie erlahmen darf die Arbeiterschaft

in dem Bestreben, für ihre Ziele zu wirken Das beste Hilfsmittel dabei ist die Arbeiterpresse Jeder muß eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jedem Anlaß

für die Volkswacht zu werben!

Gefährte Schaffnerin.

Si der unter dieser Ueberschrift in der vorigen Nummer gebrachte Nachricht von der Tötung der Schaffnerin Ida Thiele ließ uns die Direktion der Straßenbahn eine andere Darstellung über den Vorgang mitteilen. Davon ist zweifellos richtig, daß die Gefährte nicht die Mutter von vier Kindern, sondern ein junges Mädchen im Alter von 19 Jahren war. Die Schwere der Katastrophe wird dadurch natürlich in keiner Weise gemildert. Es ist nicht weniger entsetzlich, daß ein so junges Mädchen ihr Leben im Kampf ums Dasein in einer Weise verlor, wie es wahrscheinlich keinem einzigen Arbeiter der Volkswacht jemals beschreiben sein wird. Das Unglück soll sich nicht bei der Weichenstellung ereignet haben. Was wurde vielmehr berichtet, daß die Chloret die Hauptrolle spielte, wozu sie entgegen einer Polizeiverordnung, die Fremde des Anhängers auf dem abschüssigen Geleise löste und diesen so früher in Bewegung setzte, ohne noch der Rotarmen vorgelassen war. Sie wollte nun, kapillos geworden, den Güterwagen heiser Wagen verhindern und stemmte sich gegen den Anhängen. Nun kam auch der Rotarmen nach hinzu und das Schreckensspiel war geschlossen. Der Tod der Toten war aber nicht sofort, aber schon nach wenigen Tagen ein.

Die Beratung auf die Polizeiverordnung scheint uns eine wenig beachtete Entschuldigung der Straßenbahngesellschaft zu sein. Nicht auf bloßige geordnete Paragraphen kommt es in solchen Fällen an, sondern auf die Anforderungen der Praxis. Es müßte den Mädchen und Frauen, die im Straßenbahndienst höher gehen das Geis des Trats verdienen müssen, rein gar nicht wenn die Polizei auch für sie die schönsten Schutzbestimmungen ausarbeitet. Ob sie die Zeit und die Möglichkeit haben, sie zu beachten, ist entscheidend. Wir haben noch nach diesem entsetzlichen Fall auf derselben Strecke beobachtet, daß eine Schaffnerin die Bremse löste. Auf unsere Frage wurde uns die Antwort, daß die Schaffnerinnen diese Arbeit deshalb verrichten müßten, um nicht Differenzen mit männlichen Schaffnern zu haben. Manche von diesen seien gegen ihre weiblichen Kollegen unfreundlich und machten ihnen Vorwürfe, daß sie nicht genug stören. Es wäre besonders bedauerlich, wenn diese rüchthändige Unzulässigkeit männlicher Schaffner zum Tode des Fräulein Thiele beigetragen haben sollte. Der Gesellschaft müßte es doch unbedingt möglich sein, die Schaffner, die nur die Schaffner, die Bremse bedienen dürfen, durchzuführen. Für den Unfall dürfte nicht ganz ohne Grund geltend gemacht werden, daß seit 12 oder 13 Wochen keine Besichtigung war. Man kann die Gesellschaft nicht von dem

Vorwurf freisprechen, daß sie ein so junges Mädchen mit so schweren Arbeiten beschäftigte. Im Anschluß hieran werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es große Ungleichheit ist, daß die Gesellschaft duldet, daß Schaffnerinnen auch dann noch den Wagen steigen und vorne die Signale geben müssen, wenn männliche Schaffner auf einem der Wagen Dienst tun. Dies sollte schon darum nicht zulässig sein, weil die Kleider des weiblichen Personals viel leichter einen Unfall herbeiführen können. Wir stimmen dieser Ansicht durchaus zu. Wir möchten ferner bemerken, daß die geringe Entschädigung von 60 Mark pro Monat, wovon leider noch Abzüge entfallen, in seinem Verhältnis zu der schweren Betriebsgefahr stehen, der die Schaffnerinnen, ebenso wie die Schaffner, ständig ausgesetzt sind.

Die Straßenbahn-Verhältnisse

Kamen auch auf dem am 25. Juni abgehaltenen Verbandstag der Bürgervereine zur Sprache. Stadterordneter Fall machte in der Hauptrede Ausführungen, die den Inhalt der Artikel der Volkswacht über die ungerichtete Steigerung der Fahrpreise für Zeitkarten wiedergaben. Entgegen dem Schweigen der bürgerlichen Presse stellte dieser liberale Stadterordnete ausdrücklich fest, daß man in der Bürgerschaft allgemein der Ueberzeugung sei, daß die Erhöhung absolut unbegründet ist! Die Betriebskosten seien überhaupt nicht gestiegen. Ganz besonders sei der Einwand unbedeutend, daß die Vergünstigungen für das Personal die Preissteigerungen notwendig machen. Fast wörtlich führte er aus: „Das Personal werde so schlecht bezahlt, daß es nicht mehr zu verstehen sei. Tatsächlich seien Betriebsersparungen durch die Einstellung weiblicher Kräfte gemacht. Den Leuten werde das Leben furchtbar schwer gemacht. Sie hätten ein so minimales Einkommen und so lange Arbeitszeit und so schwer, daß man nicht verstände, wie sie auskommen und noch freundlich sein sollten. Dadurch seien die insgesamt 50 Prozent Verteuerung nicht zu rechtfertigen.“ Besonders werde sich Fall gegen die geradezu rigoreuse Anordnung, daß Monatskarten nicht mehr von jedem beliebigen Tage sondern immer nur vom Ersten des Kalendermonats gelten dürfen. Neben einer Reihe Reformwünsche forderte er schließlich, wie wir, die Verfastung der Straßenbahn.

Wir möchten nun aber auch dringend wünschen, daß die starke Bürgerpartei im Rathause mit allem ihr möglichen Nachdruck diese Forderung vertritt. Besonders sind wir darüber erfreut, daß die bürgerliche Presse, die über diesen Punkt bezeichnenderweise fast gar nicht zu berichten weiß, durch die Ausführungen des Redners als Schildhalterin der unbegründeten den Verkehr vertuernden Gesellschaft festgestellt worden ist. Wir haben allein von allen Blättern Danzigs im Kampf gegen die Preiserhöhung der Gesellschaft für die Bürgerschaft unsere Pflicht und Schuldigkeit getan.

* Altersrente mit 65 Jahren. Das Reichsgesetzblatt Nummer 127 vom 17. Juni 1916 enthält das Gesetz über die Altersrente und die Waisenrenten vom 12. Juni 1916. Die Altersrente mit 65 Jahren und die höheren Waisenrenten werden schon vom 1. Januar 1916 an gezahlt. Im Gesetz wird darüber gesagt: Ansprüche auf Altersrente, Waisenrente oder Waisenaussteuer, über die noch nicht entschieden ist, werden nach den neuen günstigeren Vorschriften beurteilt. Ferner heißt es: Ansprüche auf Altersrente, Waisenrente oder Waisenaussteuer, über die nach dem 31. Dezember 1915 entschieden wurde, hat die Versicherungsanstalt nach den günstigeren Vorschriften des neuen Gesetzes zu prüfen und die Altersrenten zu bewilligen oder die Waisenrenten zu erhöhen, wenn es nötig ist. Die Versicherungsanstalten haben also von Amts wegen einzugreifen und die Altersrenten und Waisenrenten zu bewilligen, wo es nach den neuen gesetzlichen Vorschriften erforderlich ist. Wer vor dem 31. Dezember 1915 mit seinem Anspruch auf Altersrente abgewiesen wurde, weil er noch nicht 70 Jahre alt war oder die Wartezeit von 1200 Wochen nicht erreicht hatte, kann jetzt einen neuen Antrag auf Altersrente stellen. Er bekommt nunmehr die Altersrente, wenn er 65 Jahre alt ist und sich nach den neuen günstigeren Vorschriften eine Wartezeit von 1200 Wochen ergibt. Die Invalidenbeiträge sind erhöht worden. Der Wochenbeitrag beträgt in der ersten Lohnklasse 18 Pfennig, in der zweiten 26 Pfennig, in der dritten 34 Pfennig, in der vierten 42 Pfennig, in der fünften 50 Pfennig. Die erhöhten Beiträge sind ab 1. Januar 1917 zu zahlen.

Zwangsvolle Beschränkung des Papierverbrauchs der Zeitungen. Eine soeben erschienene „Bekanntmachung über Druckpapier“ verfügt eine Einschränkung des Verbrauchs um etwa 10 vom Hundert, berechnet nach dem Verbrauch des Jahres 1915. Die Zeitungen werden je nach ihrem Umfang in 15 Stufen geteilt. Bei einem Umfang bis zu 200 Quadratmeter Jahresfläche beträgt die Einschränkung 5 vom Hundert, sie steigt bis zu einer Einschränkung von 17 vom Hundert bei einem Jahresumfang von mehr als 1600 Quadratmeter. Solche Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 verringert hat, erhalten gewisse Vergünstigungen, während solche Zeitungen, bei denen das umgekehrte der Fall ist, eine verstärkte Einschränkung erleiden. Alle übrigen Bezüge von „unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier“ müssen sich eine Einschränkung von 15 vom Hundert ihres im Jahre 1915 bezogenen Quantums gefallen lassen. Die Kontingenzierung ist zunächst für die Monate Juli und August festgelegt. Von allgemeinem Interesse ist die Bestimmung in der Verordnung, welche die Lieferung von Frei- und Werbegemälde verbietet, mit Ausnahme der Freigemälde an Mitarbeiter, Kazarotte und Soldatenheimen, die jedoch nicht mehr als ein Exemplar erhalten dürfen. Gestattet wird auch die Abgabe von Belegexemplaren an Inserenten.

Auf dem Fischmarkt

ging es am 24. Juni, dem letzten Sonnabend, in den Morgenstunden einermachen lebhaft zu. Der Andrang der Frauen, die Fische kaufen wollten, war so stark, daß die Polizeibeamten Mühe hatten, den Verkehr zu regeln. Aus diesem Anlaß kam es auch zu Auseinandersetzungen besonders mit einem Beamten, der anscheinend die Nummer 12 führt. Von Besuchern des Fischmarkts wurde behauptet, daß dieser Schutzmann, der nur eine Mühe trug, von einer Fischfrau ein Paket Fische erhalten

habe. Als Frauen, die keine Fische mehr erhalten, dagegen Anspruch erheben, erklärte der Beamte, daß er die Fische am Abend vorher bestellt habe. Wir kamen etwa gegen 8 1/2 Uhr früh auf den Markt. Dabei hörten wir, daß ein Herr, dessen Adresse derselbe Schugmann notierte, ihn darum ersuchte, höflicher gegen die Käuferinnen zu sein. Darauf erwiderte der Beamte unter anderem: ob er Frauen oder Weiber sage, sei gleich; sogar in der Bibel stehe Weib! Diese und ähnliche Aeußerungen verursachten unter den Frauen starke Erregung. Wir bedauerten, daß Polizeirat von Szlezewski erst etwas nach 8 1/2 Uhr hinau kam und von diesen Vorgängen nichts mehr beobachten konnte. Er hätte das Auftreten des Beamten zweifellos gerügt. Die Berufung auf biblische Vergleiche, die vor einigen 1000 Jahren zeitgemäß waren, können jetzt kaum beruhigend wirken. Die leicht begreifliche Nervosität des Publikums ist in dieser patriarchalischen Art nicht auszugleichen. Darum wünschen wir, daß alle Beamte ein Maß von Einsicht und Besonnenheit bei der Behandlung des Publikums betätigen, das jeden Beteiligten vor Ungelegenheiten schützt. Auch die höheren Beamten werden mit uns der Ueberzeugung sein, daß falsch angewandte Schneidigkeit nicht das geeignete Mittel ist, um unser Volk über die Schwierigkeiten der jetzigen Ernährungsverhältnisse hinwegzuhelfen. Verständiges Empfinden wirkt noch der Richtung viel günstiger. Mehr als einige Strafmandate nützt der Allgemeinheit die Erhaltung einer guten hoffnungsfreudigen Stimmung auch im ärmsten Angehörigen des deutschen Volkes. — Sollte der Beamte tatsächlich die Fische in der behaupteten Weise für sich reserviert haben, so wäre das ein Verhalten, das mit der Bezeichnung unflug viel zu müde beurteilt werden müßte.

Aus der Waggonfabrik.

Seit ungefähr einem Jahre läßt die Waggonfabrik für Arbeiter, denen es nicht möglich ist, mittags nach Hause zu gehen, Essen im eigenen Betriebe kochen. Die Portion nun ungefähr 1/2 Liter wird für 20 Pfg. abgegeben. Die Teilnehmerzahl sank bald, als die Güte des Essens nachließ. Seit einigen Tagen läßt die Fabrik nun Essen aus der Speiseküche der G. m. b. H. holen. Die Beteiligung ist recht lebhaft, ein Zeichen für die Notwendigkeit der Beschaffung billigen Essens. Ueber seine Güte gehen die Meinungen auseinander. Doch sind alle darin einig, daß das von der Fabrik Gebotene mindestens wertvoller ist! Diese Feststellung ist aber noch lange keine Schmeichelei für die G. m. b. H. So dankbar die Arbeiter für die Heranbringung des Essens sind, so können sie doch nicht glauben, daß ihnen nun sämtliche Wünsche erfüllt sind. Sie warten immer noch darauf, daß eine Teuerungszulage als Ausgleich für die enorm gestiegenen Lebensmittelpreise erfolgt. Bis jetzt ist weder eine Akkord-erhöhung erfolgt noch eine Teuerungszulage gezahlt! Für eine Musterfabrik, wie ihr Leiter Oberingenieur Bertus gern behauptet, in dieser für die Arbeiter so schweren Zeit recht beschämend.

Danzigs Lebensmittelversorgung

behandelte Dr. Grünspan, Direktor des städtischen Statistischen Amtes, auf dem 15. Verbandstage der Bürgervereine am letzten Sonntag. Von seinen Ausführungen war besonders bemerkenswert ein für Danziger Verhältnisse besonders wertvolles, wenn auch mehr indirekt ausgesprochenes Bekenntnis zum Kommunozialismus. Es habe sich erwiesen, daß etwas Wertvolles in der Ernährungsfrage nur dann zu machen sei, wenn die Stadt die Sache selber in die Hand nehme! Wiederholt betonte er, daß derjenige die Macht besitze, der die Ware in der Hand habe! Deutlicher ist die Schädlichkeit des Privateigentums nicht gut zu kennzeichnen. Daß der Redner das Abschlagen der Schweine für einen großen professoralen Fehler erklärte, macht diese Behauptung noch lange nicht zur Wahnegründung. Sie ist genau so wenig richtig, wie seine Aeußerung, daß Calver Sozialdemokrat ist. Als Realpolitiker, der er zu sein behauptete, mißte Dr. G. doch eigentlich wissen, daß C. schon vor Jahren aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist. Für einen Realpolitiker ist es auch mindestens seltsam, daß Dr. G. es wiederholt als menschlich selbstverständlich erklärte, daß auch in dieser Zeit von den Interessenten der größere Vorteil ausgeht. Von dem großen Geist der eisernen Zeit scheint er also nicht zu viel zu halten, was ja schließlich Geschäftsache ist. Wissenschaftlich unrichtig ist es aber, die Begriffe kapitalistisch und menschlich zu verwechseln. Erstreckungsweise ist es nicht menschlich, die Notlage seiner Volksgenossen eigenmächtig auszubeuern. Eine große Hülfenfarm stellte Redner in Aussicht und auch eine wirklich große Schweinefarm ist. Diese soll nicht etwa nur 200 Schweine mästen, sondern erheblich mehr. Auch weitere Mastverträge sollen abgeschlossen werden. Der Milchmangel ist ja ganz behoben; jetzt kämen 60 000 Liter täglich, gegen 75 000 im Frieden, nach Danzig. Sehr verständig war die Bemerkung, die sich eigentlich gegen Oberbürgermeister Scholz richtete, daß das Kochen der kleinen Fündern nicht gut sei. Die Würstchen gegen die Zentralkaufgesellschaft seien unbegründet. Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Militärbehörden seien nicht von diesen ausgegangen, sondern immer von der Stadt ausgegangen worden. Von der G. m. b. H.-Speisekellengesellschaft wurde nichts gesprochen. Dafür erklärte Redner, daß die Speisehallen in schneller Folge vermehrt werden müßten. Bisher habe dies die Lieferung der Kessel verhindert. Die Ueberwachung des Wochermarktes sei notwendig. Die städtischen Kontrollen seien schon so bekannt, daß ihnen die Preise meist eine Mark niedriger angeben würden. Es müßten daher besoldete Damen zur Preisprüfung angestellt werden. Frauen aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft dürften weit geeigneter für eine einwandfreie Feststellung der Preise sein. Die Zahlung einer Entschädigung an Damen, die meist gutsituiert sind, würde sich schlecht rechtfertigen lassen. Die Kartoffelpreispolitik der Regierung mit steigenden Preisen lehnte der Redner ab. Er bestritt, daß der Stadt größere Mengen, wie in der Debatte behauptet wurde, verdorben sind. In der Debatte behauptete ein Herr Feiler und Bartisch aus Neufahrwasser, daß der Höchstpreis der Zeitungen mit 15 Pfg. pro Pfund zu niedrig festgesetzt worden sei. In Neufahrwasser hätten fünf bis sechs Fischer wegen der zu niedrigen

Preise den Betrieb eingestellt. — Stadt. Brunzen warnte die Stadt vor vorzeitigen Ankündigungen. — Oberbürgermeister Scholz habe längst viele und billige Spargel angeliefert. Diese seien aber nur in bescheidener Menge und ungenügender Qualität zu hohen Preisen gekommen. Zeitungsbesitzer Wagner in Posen habe seinem Personal die vorzüglichsten Braunschweiger Spargel, die in Posen wachsen, für 11 Pfg. pro Pfund vermittelt. Er wundere sich, daß die Stadtverwaltung diese Bezugsquelle nicht kenne. Dr. Grünspan hatte in der Antwort, wohl sehr gegen seinen Willen, alle Lächer auf der Seite als er meinte, man dürfe eben nicht mehr sprechen, als man halten könne! Der Kartoffelpreis hätte anfänglich nach seiner Meinung ruhig um 1 Mark höher angelegt werden können. Dieses Mehr hätte aber der Staat übernehmen und später durch Steuern aufbringen sollen. Brunzen hatte mitgeteilt, daß ein Landrat um Danzig ihm gesagt habe, daß er dem Magistrat mehrere tausend Zentner Kartoffeln unter der Bedingung der eigenen Abfuhr angeboten habe. Dieses Angebot sei aber trotz der Kartoffelnotalage abgelehnt worden! Dr. G. erwiderte hierauf nur, daß die Stadt Gesparne im großen Umfange vom Militärpark erhalten habe. Gestört scheint dadurch die auffällige Ablehnung nicht! Die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte des Gefangenenlagers übernimmt nach seiner Angabe der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein. Wir verstehen nicht, warum die Stadt diese Erzeugnisse nicht den Bürgern zum Einkaufspreise zuführt. Ueber das warme Lob, mit dem die Danziger Zeitung die Ausführungen in der Bemerkung einleitet, daß die geschickte Hand und die emsige Tätigkeit des Redners sich um die Bevölkerung Danzigs große Verdienste erworben habe, gehen wir mit Rücksicht auf die Sprache der Tatsachen hinweg. Die geistreichenden Reden der Danziger Neuesten Nachrichten, die sogar behaupten, daß der Krieg überall die gleiche Not geschaffen habe, übergehen wir mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit.

Massenmahlung auf der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven.

Zu den schwierigsten Dingen für die Werftarbeiter gehörte bis jetzt die Ernährung während der Nachtschicht. Bei dem geringen Quantum an Brot, das dem einzelnen zur Verfügung steht, war die frühere Ernährung durch Brot nur unzulänglich möglich. Dem hat die Werft nunmehr durch die Abgabe von Suppen abgeholfen. Die Einrichtung wurde durch folgenden Tagesbefehl zur Kenntnis gebracht:

Wilhelmshaven, den 15. Juni 1916.

Resortbefehl zum Ausgang Nr. 133.

Diesem Nachtschicht-Arbeiter, die am Bord der Schiffe arbeiten, können auf Wunsch nachts 12 Uhr eine dicke Suppe zum Preise von 20 Pfennig für den halben Liter oder 10 Pfennig für den 1/2 Liter vom Wohlfahrtsverein erhalten.

Die Ausgabe der Suppe erfolgt an den Arbeitsplätzen.

Der Suppe wünscht, hat dieselbe am Schluß der Nachtschicht für die nächste Nachtschicht bei seinem Werkführer zu bestellen und den Geldebetrag sofort an denselben zu entrichten.

Die Werkführer schicken mit dem Gelde einen Handlanger rechtzeitig zum Wohlfahrtsverein zur Abholung der Suppe; Abholungsgefäße stellt der Wohlfahrtsverein. Eßgeschäl und Behälter müssen sich die Arbeiter selbst mitbringen und reinhalten.

Die für die nächste Nachtschicht erforderliche Suppenmenge ist von den Werkführern am Schluß der vorangegangenen Nachtschicht durch Zettel beim Arbeiter-Bureau anzumelden; letzteres meldet die für das Resort für die Nacht erforderliche Gesamt-suppenmenge spätestens bis 12 Uhr mittags beim Wohlfahrtsverein an.

Gegen die Pappstiefel-Stiefel.

Durch eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung soll dem Ueberhandnehmen der Verwendung von Pappe und ähnlichen widerstandsunfähigen Stoffen für ledernes Straßenschuhzeug Einhalt geboten werden. Für einzelne Schuhstiele eignen sich bewährte Kunstherzeugnisse ebenso gut wie Leder, und unter den heutigen Verhältnissen muß mit dem Leder so viel als möglich gespart werden. Wenn aber die Knappheit und der hohe Preis des Leders die Fabrikanten veranlaßt hat, sogenannte Strapazierstiefel mit Pappstiefeln in den Verkehr zu bringen, so ist das eine Urtüte, unter der sowohl die Verbraucher leiden als die Händler; sie wirkt auch, insofern höchst unwirtschaftlich, als die durch den schnellen Verschleiß solcher Stiefel das brauchbare Leder, das sie enthalten, ungenügend ausgenutzt wird. Solche Lederverwandsung ist gegenwärtig durchaus verwerflich. Deshalb ist von nun an der Absatz und die Aussolde die Verwendung von Pappe usw. überhaupt verboten, die Brandsohle und die Hinterkappe müssen überwiegend aus Leder bestehen, Absätze ohne kräftige Oberseite aus Leder sind unzulässig. Die Verordnung tritt erst in 2 Wochen in Kraft, damit die schon begonnene Fabrikation zu Ende geführt werden kann und das durch die Bearbeitung in Anspruch genommene Leder erhalten bleibt. Für eine reichlich bemessene Uebergangszeit bleibt der Vertrieb der nachweislich bereits hergestellten minderwertigen Schuhe erlaubt, aber nur unter deutlicher Kennzeichnung der an Stelle von Leder verwendeten Stoffe. Die näheren Bestimmungen erläßt der Reichskanzler. Fabrikanten und Schuhhändler werden gut tun, sich schleunigst mit den Einzelheiten der Verordnung und den Ausführungsbestimmungen vertraut zu machen. Auch für das laienhafte Publikum ist die Kenntnis der neuen Vorschriften von Wert.

Der Vertrieb solcher Schundware, durch den gerade das minderbemittelte Publikum schwer geschädigt wird, hätte schon längst unterjocht werden müssen.

Magistraler Fiszackkurs.

Wir besprachen in der letzten Nummer unter der Ueberschrift: Mehr Verantwortlichkeitsgefühl! einen aus dem Rathause stammenden Artikel der bürgerlichen Presse, der sich mit dem Betriebe der Speisehallen G. m. b. H., die anderwärts schlicht und recht Volksküchen heißen, beschäftigte. Darin wurde der Betrieb gelobt und schließlich einem Teil der Besucher in überhebender und geschmackloser Weise der Logt gezeigt. Wie irgend ein Krömer sprach der Aufsatz von den besten zufriedenen Gästen und im Gegenfah dazu von den „Leuten“, die nur gelegentlich probierten und ihre besonderen Beobachtungen betrieblieh leihen wollten. Eine aberfällige Beurteilung der Aufgaben der Volksküche und eine kräftigere

Behandlung derjenigen, die in dieser teuren Zeit auf ihre Wohnungsmöglichkeiten angewiesen sind, können wir uns nicht vorstellen. Aber wir sind in Danzig in den fast zwei Jahren Krieg in dieser Hinsicht schon soviel gewöhnt geworden, daß wir zur Ueberraschung auch keine Veranlassung hatten.

Erkannt waren wir aber doch etwas mehr als üblich, als wir in den letzten Danziger Neuesten Nachrichten, die am 20. Juni jene Unliebenswürdigkeit veröffentlicht hatten, schon am 23. Juni folgende Notiz lasen:

Aus den Speisehallen.

Man schreibt uns von zuständiger Stelle: Der Andrang zu den Speisehallen wächst von Tag zu Tag, so daß die drei Speisehallen in der inneren Stadt dem Bedürfnis nicht mehr genügen können und leider genötigt sind, täglich eine große Anzahl von Leuten zurückzuschicken. Durch Einstellung von größerem Kessel, deren Anlieferung sich etwas verzögert hat, wird es hoffentlich möglich sein, dem Bedürfnis im größeren Umfange zu genügen. Es wird alsdann auch tunlich sein, alle solche Kunden, welche erst nach 1 Uhr Mittagszeit haben, Essen zu verabfolgen, was bisher leider nur in ganz beschränktem Maße möglich gewesen ist. Die Berücksichtigung von Inhabern von Dauerkarten, die später zum Mittag kommen, findet, so weit es tunlich, schon jetzt statt.

Hier liegt man wenigstens schon, daß der Artikel von „zuständiger Stelle“, also ebenfalls aus dem Rathause, stammt. Einen größeren Widerspruch wie der zwischen den beiden Artikeln soll man suchen. Entgegen dem selbstgefälligen Lobe der früheren Notiz wird hier wegen der Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit der Küche gewissermaßen um Entschuldigung gebeten. Kein Wort in r von den Leuten und Gelegenheitskunden mit den kulinarischen Liebhabereien. Dafür wird nun eingestanden, daß die drei Küchen der inneren Stadt dem Bedürfnis nicht genügend und genötigt sind, eine große Anzahl von Leuten täglich zurückzuschicken. Man darf wohl mit Recht fragen, welche Gründe hinter dieser Selbstkritik der sonst unfehlbaren Herren im Rathause stecken? Es ist kaum denkbar, daß man der Öffentlichkeit nur aus dem Rathause selber sagen wollte, wie ungenügend und zögernd man an die Föhung der Volksernährung geht. Wäre das wirklich entscheidend, dann wäre man doch nicht wegen der doch immer sehr bescheidenen Kritik der Volkswacht so nervös gewesen. Schließlich kann aber auch die vom Rathause geleistete Kritik die schweren Mängel der G. m. b. H.-Volksküchen nicht ersehen. In der Küche am Dominikswall wurden am 27. Juni schon gegen 11 Uhr 70 bis 80 Personen mit der Erklärung fortgeschickt, daß für sie kein Essen mehr vorhanden sei. Am 28. Juni bekamen um die gleiche Zeit 20 Personen das gleiche zu hören und mußten hungrig fortgehen. Auch wurde uns gesagt, daß die Inhaber von Karten an manchen Tagen später als die Käufer einzelner Marken Essen erhielten. Wir haben uns gegen die Bevorzugung derjenigen, die eine Karte für zehn Portionen kaufen, ausgesprochen. Ihre Benachteiligung können wir selbstverständlich ebenfalls nicht billigen. Solche Beschwerden sind aber in letzter Linie auch nur darauf zurückzuführen, daß die Küchen bei weitem nicht dem Bedürfnis genügen. Je mehr wir aber die Mängel feststellen, um so mehr scheint man im Rathause und in der Zeitung der G. m. b. H. zu meinen, daß man sich durch diese Kritik nicht belehren zu lassen brauche. Wir wiederholen darum: Mehr Verantwortlichkeitsgefühl! Diese Zeit ist wahrlich zu ernst, um in einseitiger Verkennung des Gebotes der Stunde kleinliche Experimente zu machen. Unsere Bevölkerung hat ein Recht auf genügende Volksküchen. Ihre Einrichtung ist eine Pflicht und keine Gnade der städtischen Verwaltung.

Wie ernst die öffentliche Sicherung der Volksernährung ist hat neuerdings die preussische Regierung wiederholt betont.

Der Philister des Innern richtete an die Regierungspräsidenten einen Erlaß, in dem er darauf aufmerksam macht, daß die ungenügende Ernährung der Arbeiter in der Kriegsindustrie die vaterländischen Interessen aufs schwerste verfehlt. In allen größeren Fabriken sollen sofort Kantinen eingerichtet werden, in denen die Arbeiter eine genügende Hauptmahlzeit zu erschwinglichen Preisen bekommen müßten. Ueber die Einrichtung besonderer Verkaufzeiten für Arbeiter und Arbeiterfrauen, die sonst im Kampf um die Lebensmittelerlangung zu Turz kämen, sollten schleunigst neue Entscheidungen getroffen werden.

Die Danziger Zeitung machte vor einigen Tagen gegenüber einer Verordnung des Bundesrats, die auf die große Wichtigkeit der Sammlung und Verwertung der Küchenabfälle aufmerksam macht, die sehr auffällige Mitteilung, daß diese Maßnahmen in Danzig zwar schon längst angeordnet, aber nur sehr unzulänglich durchgeführt worden sei. Man erinnere sich dagegen der klingenden Loblieder, die dem Volkereibesitzer Dohm schon deshalb gewidmet wurden, weil er für die ungenügende Ueberlassung der wertvollen Abfälle seinen Beitrag zur Kriegskasse etwas erhöhte. Wir forderten schon damals die Verwertung im städtischen Eigenbetriebe zur Schweinemästung. Jetzt muß man dagegen hören, daß man die hochwertigen Stoffe lieber verkommen ließ, ehe man im Rathause den „grundtätigen“ Widerspruch gegen die selbständige Verwertung durch die Stadt aufgab! Die Frage des städtischen Hüfnerhofes, die noch immer als schöne Sage schwelgt, hätte in schon längst gelöst sein können.

Der Eierkandal

wirkt ungehemmt weiter. Am letzten Sonnabend stieg der Eierpreis in der Markthalle von 360 Mark gegen 7 Uhr früh auf 400 Mark bis 8 Uhr früh. Gegen Abend stand er bereits auf 420 Mark. Am 28. Juni hatte er schon 430 Mark erreicht. Der Magistrat kündigte für den 26. Juni wieder städtische Eier zu 19 Pfennig pro Stück mit dem leider schon üblichen Hinzufügen an, daß schlecht gewordene nicht zurückgenommen werden könnten. Fleischermeister Giszinski, Breitungsgasse, erklärte Käufern aber schon am Vormittag, daß er keine Eier zu verkaufen habe. Auf dem Verbandstag der Bürgervereine äußerte Dr. Grünspan, daß sich auch ihm die Haare wegen der hohen Eierpreise sträubten. Er verkündete dann das Kommen der großen Danziger Hüfnerfarm. Wenn wir nicht sehr irren, haben die Hüfner die unangenehme Angelegenheit nicht in jeder Jahreszeit gleich fruchtbar zu sein. Die städtischen Hüfner dürften uns aber wahrscheinlich erst dann beglücken, wenn die Legzeit längst vorüber ist und die Eiermischer sich ab das gelungenen Rauber (Schwender) ins Fäustchen laden.

Winter-Garten.

Direktion: Arthur Lewinsohn.

Vom 1. bis 15. Juli

Neuer Spielplan

18

erstklassige Künstler und Künstlerinnen
mit dem Varieté-Team

Mieze Hausmann

Jede Nummer ein wirkungsvoller Schlager.

Die anerkannten Darbietungen des
Wintergartens sind die beste Reklame

Näheres die Plakat-Stulen

Sonntag, den 2. Juli 1916:

2 Gr. Vorstellungen 2

Nachmittags 3 1/2 Uhr

Grosse Kinder- u. Familien-Vorstellung
bei ganz kleinen Preisen. Umgekehrtes Programm.

Abends 7 1/2 Uhr Hauptvorstellung.

Nur Wintergarten

Neue Lewinski-Heringe.

Der Heringsbetrieb der geheimnisvollen Firma Martin Lewinski scheint sich neuerdings nicht nur auf Schweinefleisch zu erstrecken. Dieses bot die Firma bekanntlich am 15. Mai durch eine Anzeige im Berliner Tageblatt auswärts an. Nebenbei wissen unsere Leser, daß die interessante Firma Martin Lewinski gar nicht so heißt, sondern hauptsächlich als Arnold Lewinski, Hundegasse 113, ihre Niederlassung hat. Man muß es der umgewandelten und misgewardten Firma lassen, daß sie nicht nur für auswärtige Schweine geschickte Campaignen hat. Wieder machte uns ein Feldgrauer auf folgende, in der Nr. 321 des Berliner Tageblatts am 25. Juni erschienene neue Anzeige aufmerksam:

Heringe, gar. gesund

in marinierte 500 St. à 18 Pfg.

in Feinwürfel 500 " à 16 "

in Salzheringe 500 " à 15 "

Der Versand erfolgt in Säbelfässern

per Nachnahme ab hier. Zahlungen

im Voraus werden nicht ange-

nommen.

Martin Lewinski, Danzig,

Postfach 177.

Schleierhaft ist in dieser Anzeige zunächst die nicht mitgeteilte Menge der Heringe. Natürlich wird nach Berlin nicht etwa eine kleine Menge anbezogen. Dies ist schon wegen der vorgelegenen Preise, die großen Gewinn doch nur bei erheblichem Umlauf erzielen lassen, nicht anders denkbar. Erstklassige Salzheringe werden nach auswärts, wo doch noch Fracht usw. eine nicht unbedeutende Rolle spielen, schon für 15 Pfg. pro Stück angeboten. Danziger Hausfrauen würden sich wie im Himmel fühlen, wenn ihnen dies günstige Angebot, nach Abzug der Unkosten für Spesen, Fracht usw., gemacht werden würde. Hier ist der Höchstpreis für norwegische Salzheringe 26 Pfg. pro Stück. Die Leitung der Gewerfabrik kam den Arbeitern Heringe auch nur für 22 Pfg. pro Stück ablassen. Der Edelmus der märchenhaften Firma liefert aber von Danzig bis Berlin oder vielleicht gar Köln oder Brüssel für 15 Pfg. pro Stück. Wir sind davon ohne weiteres überzeugt, daß die Direktion der Gewerfabrik den Arbeitern diese ausgezeichneten Ware zu dem billigen Preise ohne Jögern vermindern würde. Schließlich würde wohl gar der Realist von dem Angebot zugunsten der eigenen Bevölkerung Gebrauch machen. Da man in der Stadterwaltung des Berliner Tageblattes über keine und nicht begreifen will, daß Lewinski gezwungen ist, nach auswärts zu gehen. Wir bitten schon in der vorigen Nummer eine Prüfung des oben erwähnten Geschäfts durch das Statistische Amt oder die Preisprüfungsstelle an. Vielleicht kann die Öffentlichkeit von dort nun bald nähere Aufklärung erhalten?

Die neuen Postwertzeichen. Das Geleg über die höheren Werte und Telegraphengebühren wird wohl am 1. August in Kraft treten. Es werden neu eingeführt: Postkarten zu 2½ Pfennig (grün), zu 7½ Pfennig (rosafarb) und zu 15 Pfennig (gelbbraun). Die Gebühr für einen Brief im Orts- und Nachbarortverkehr kann also entweder durch eine Freimarte im Werte von 7½ Pfennig oder durch Verwendung einer Freimarte zu 5 Pfennig und einer Freimarte zu 2½ Pfennig entrichtet werden. Die Gebühr für einen Brief im sonstigen Verkehr kann mit zwei Freimarken (zu 10 und zu 5 Pfennig) oder mit einer 15-Pfennig-Marte entrichtet werden. Ferner werden neu ausgegeben Postkarten zu 7½ Pfennig (rot), entwerfend der Farbe der Freimarte zu dem gleichen Betrag. Postkarten mit Antwortkarte zum Preise von 15 Pfennig (zwei 7½ Pfennig). Die diesbezügliche 5-Pfennig-Beilage kann mittels Nachleben einer 2½-Pfen-

nig-Marte weiter verwendet werden. Bei den Dreifachen bleibt die bisherige Gebühr unverändert. Denselben Verkaufspreis wie bisher behalten ferner die Postanweisungen. Im Telegrammverkehr wird ein Zuschlag von 2 Pfennig von jedem Wort, so daß das einzelne Wort 7 Pfennig statt bisher 5 Pfennig im Fernverkehr, 5 Pfennig statt bisher 3 Pfennig im Stadtverkehr kostet, von jedem Telegramm ein Zuschlag von mindestens 10 Pfennig erhoben.

Fleischermeister und Höchstpreis.

Fleischermeister Franz Jahr, Schützenrittergasse 9, hatte 3 Pfund Rindfleisch, das nach dem Höchstpreise 1,70 Mark pro Pfund kostete, für 1,80 Mark verkauft. Gegen den Strafbefehl über 100 Mark erhob er Einspruch und suchte sein Verschulden durch die Ausrede zu rechtfertigen, daß sein Fleisch vorzüglich gewesen sei. Das Schöffengericht erhöhte jedoch die Strafe von 100 auf 200 Mark und stellte fest, daß die Höchstpreise überhaupt nur für allerbeste Ware bestimmt seien. Geringere Ware müsse unter dem Höchstpreise verkauft werden. Die Danziger Zeitung berichtet zwar über dieses Urteil. Im Gegensatz zu anderen Fällen, wo es sich z. B. um Arbeitercasen handelte, nennt sie jedoch nicht den Vornamen des Angeklagten und bezeichnet ihn auch so ungenau, daß man nicht weiß, um welchen Fleischermeister es sich handelt.

Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Der bei dem langen Stehen vor den Geschäften verursachte Unmut führt leider auch zu ernstern Folgen. Die Arbeiterin Gertrug W. und die Arbeiterfrau Klara E. hatten sich am 22. April schon morgens 2 Uhr vor einem Fleischerladen in Neufahrwasser aufgestellt. Gegen 6 Uhr früh wurde das Geschäft geöffnet. Polizeibeamte ordneten nun erst das Publikum in Reihen. Nur die beiden Frauen sollten nicht gefügt und auf den Schuhmann grundlos geschimpft haben. Die W. soll ihn auch mit der Parafische auf den Helm geschlagen haben. Das Schöffengericht verurteilte beide wegen Widerstand und Beamtenebeidigung, die W. zu 25 Mark und die E. zu 15 Mark. Die Danziger Zeitung nennt in breiter Ausführlichkeit Vor- und Zunamen beider Beschuldigten, spricht von dem sinnlos langen Stehen vor den Geschäften und behauptet, es handele sich dabei um Leute, die unter allen Umständen mehr Fleisch als andere haben wollten. Ein geschmackloses und unverständigeres Urteil läßt sich nicht vorstellen. Zu hohen Wert braucht man auf eine derartige Oberflächlichkeit nicht zu legen. Handelt es sich doch um die Zeitung, deren Redakteur sogar gegenüber dem schwerbestraften Fleischer-Obermeister Hoffmann-Marienwerder einen Teil der Preie als gewissenlos beleidigte.

Aus Westpreußen

Die westpreussische hausbesitzer

hielten am 25. Juni in Marienwerder den 3. Verbandstag der westpreussischen Haus- und Grundbesitzervereine mit 48 Vertretern an. Unter anderem wurde vom Stadtverordneten Ehm. Danzig über Schätzungsämter gesprochen. Man verstand nicht recht, wohin der Redner eigentlich wollte. Anscheinend sprach er gegen Lagen, die den Wert eines Grundstücks zu hoch ansetzen. Ingleich stellte er mit Bemerkung fest, daß die Grenze der Mündelsicherheit von 1/3 bis drei Fünftel des Wertes erhöht worden ist. In der Debatte wurde von offenbar recht klugen Herren gemahnt, man solle nicht so sehr wünschen, daß die Schätzungen der Schätzungsämter auch für die Besteuerung gelten sollten. Hier-nach scheinen die organisierten

Hausbefitzer doch eher den Wunsch zu haben, daß die Grundstücksverle nicht zu mächtig abgeschätzt werden. Für die Öffentlichkeit noch wertvoller war der Vortrag des Rechtsanwalts Lewinsohn-Elbing über den Erfolg der durch den Krieg entstandenen Mietsverluste. Nach seiner Angabe hatten im Jahre 1915 in Elbing 24 Hausbesitzer 25 300 Mark Mietsverlust. In Thorn sollen 81 Hausbesitzer 48 500 Mark in derselben Zeit verloren haben. Er forderte, daß diese Verluste, die der Krieg gebracht habe, den Hausbesitzern, so wie man in Ostpreußen Kriegsverluste ersetzt, vom Reich erstattet werden. Die Versammlung beschloß einstimmig dieses unglaubliche Verlangen. — Gerade die organisierten Hausbesitzer sind in den Stadtverordnetenversammlungen die heftigsten Gegner aller Fürsorgemaßnahmen für die armen Schichten, die sie als Kommunalsozialismus verfochten. Nun fordern mit einmal die Hausbesitzer für sich eine Art Sozialismus, die mit Uneigennützigkeit und dem Schutz der Volkinteressen gar nichts mehr zu tun hat. Das ganze Volk opfert Blut und Leben für sein Vaterland. Dies geschieht nicht zuseht im Interesse der Hausbesitzer. Ihnen fällt es auch gar nicht ein, ihre Gewinne dem Reiche abzuliefern. In den Friedensjahren konnten sie über Mangel ganz gewiß nicht klagen. Und nun sind sie die Ersten, die vom Staate volle Schadloshaltung fordern. Nach dem Burgfrieden wird hierüber einiges recht deutlich zu sagen sein.

p. Elbing. Eine eigenfällige Ausrade gebrauchte der Kaufmann Max Danielowski von hier, der sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Verkaufsverweigerung zu verantworten hatte. Trodem er genügend Schmalz vorrätig hatte und davon an die Kundschaft verkaufte, verweigerte er die Abgabe der Ware am 22. März an eine Frau. Vor Gericht gab D. als Grund der Weigerung an, er und seine Verkäufer wären so übermüdet von der Arbeit gewesen, daß ihnen der Begriff für eine Rechtsmüdigkeit gefehlt hätte. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis.

Marienburg. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Gut Leng. Der Justmann Went walzte auf dem Felde mit einer Angelwalze. In der Nähe seines Hauses angelangt, hielten die Pferde an, und er ging in die Stube. Als er wieder heraustrat, waren die Pferde bereits ein beträchtliches Stück vorwärtsgegangen. Als er sie zum Stehen brachte, entdeckte er zwischen den Walzen den Kopf seines fünfjährigen Enkelkinds, der von dem zermalmen Rumpfe des Kindes getrennt war. Vermutlich hat sich das Kind in Abwesenheit des Großvaters auf die Walze gesetzt und mit der Peitsche die Pferde angetrieben.

Graudenz. Wegen Verbrechen im Amt wurde der Magistratsassistent B. in Graudenz verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. B. wird Unterschlagung amtlicher Gelder zur Last gelegt. Der Verhaftete hat den jetzigen Feldzug, zunächst als Feldwebel-Leutnant und sodann als Leutnant der Landwehr, mitgemacht und ist im Besitze des Eisernen Kreuzes. Er war bereits vom Militär entlassen und seines Amtes vorläufig enthoben.

Briefkasten der Redaktion

Anonyme „mehrere Genossen“. Wir können an der Erklärung im Briefkasten der letzten Nummer nicht so ändern: Was soll die Berufung auf das bedauerliche Schicksal unseres Freundes Gerloff, wenn sie uns ihren Namen nennen sollen? Mutig und vertrauensvoll ist das bestimmt nicht. Sie können doch unmöglich daran zweifeln, daß wir das Redaktionsgeheimnis unverbrüchlich wahren. Welche Gefahr fürchten sie also, wenn ihre Mitteilungen über Akt. S. wahr sind?!

Elbing



Stiefel

müssen Sie über kurz
oder lang doch haben.
Kaufen Sie solche bei

Albert Kowalski

Elbing, Fischerstrasse 42.

Reparaturen in eigener Werkstatt.

Beim Ein-
tritt von **Zigarten und Zigaretten**

werden Sie preiswert und gut bedient in der

Bremer Zigarren-Zentrale

Elbing, Innerer Mühlendamm 4b.

So wenig wir die Politik des Herrn Rapp billigen, so wenig billigen wir die Einstellung der Regierung. Sie hat von ihrem Reichsmittel Gebrauch gemacht und einen Mann, der ihre Politik bekämpft, was seinem Amt anheim, es war das gute Recht des Herrn Rapp, sich über die Kriegspolitik des Reichstanzlers so zu äußern, wie er für richtig hielt. Die Regierung muß sich sehr stark fühlen denn sie maßregelt nicht irgend einen Beamten, sondern einen der maßgebendsten Reichstanzler und Wortführer jener kleinen aber mächtigen Gruppe, die in Preußen dank des Dreiklassenwahlrechts sehr weitgehenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung hat. Jetzt wird aus diesen Reihen der Kampf gegen die Regierung erst recht mit Schärfe geführt werden. Die „Hartungische Zig.“ erinnert daran, daß der Vater des Herrn Rapp an der revolutionären Bewegung im Jahre 1848 beteiligt war, nach dem Septemberversuch in Frankfurt a. M. nach Paris flüchtete und später in Genf und Neuyork lebte. Nach der Rückkehr im Jahre 1870 hatte er als deutscher Reichstagsabgeordneter zuerst zur nationalliberalen, dann zur deutsch-freilinnigen Partei gehört. In Neuyork wäre der Sohn Wolfgang, der jetzt aus dem Amte scheidende Generalschiffschreiber, geboren.

Der Sohn des politischen Emigranten und deutschfreilinnigen Abgeordneten steht im konservativen Lager und vertritt mit Leidenschaft die Politik des Feudaladels, der Unbeugsamen und der imperialistischen großkapitalistischen Kreise. Er ist nicht der einzige aus dem Bürgertum, der diese Laufbahn betreten hat.

— Kundgebung für Liebknecht in Berlin. Das W. I. B. teilt mit: Bei einer Kundgebung für Liebknecht kam es abends zu einer größeren Ansammlung am Potsdamer Platz. Etwa 20 Personen wurden zur Feststellung abgeführt. Sonstige Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Urteil gegen Liebknecht

Das Urteil im Prozeß Liebknecht lautet auf zwei Jahre, sechs Monate, drei Tage Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere wegen verübten Verstoßes, erschwerten Ungehorsams und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Dieses Urteil wurde mit Gründen nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gegen 4 Uhr nachmittags verkündet.

Bei der Strafzumessung war das Gericht von der Ansicht ausgegangen, daß Liebknecht nicht aus ehrlicher Gesinnung gehandelt habe, sondern daß politischer Fanatismus die Triebfeder bei seinen Verfehlungen gewesen sei. Aus diesem Grunde hat es auf die mindbestzulässige Strafe erkannt und auch von der Überfennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen. Gegen dieses Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Berufung zu.

Stadterneordnetenwahlen in Warschau.

Die Stadterneordnetenwahlen in Warschau haben eine Reihe heftiger Kämpfe entseht. Das Polentum ist in zahlreiche Parteien gespalten und jede einzelne Fraktion mobilisiert und organisiert ihre Wähler. Außer dem Zentralwahlkomitee stellen noch die Nationaldemokraten, ferner die Fortschrittler und die sogenannte Vereinigte Fortschrittspartei ihre Kandidaten auf. Die jüdische Wählerschaft ist auch in mehrere Lager geschieden. Die größten jüdischen Parteien sind die Zionisten und die Nationalisten. In der Arbeiterschaft ist sehr wenig Interesse für die Wahlen. Das sozialistische Wahlkomitee hat aber ebenfalls Kandidaten aufgestellt und außerdem kommen noch mehrere wilde sozialistische Kandidaten hinzu. In den letzten Tagen haben sich mehr Wähler in den Wahlbüros eingefunden, um sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Vor kurzem war das Interesse der Wähler in verschiedenen Klassen noch ziemlich flau.

— Consales Schicksal. Mehrere Zeitungen haben berichtet, daß der englische Kriegsgefangene, der Londoner Straßenbahnführer William Consales, der wegen tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten im Gefangenenlager zu Döberitz vom Oberkriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, vom Kaiser begnadigt worden sei. Wie der „Vorwärts“ erzählt, trifft diese Meldung nicht zu.

— Eine Riesenkundgebung fürs Frauenstimmrecht. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf über die Verfassungsrevision steht die Erteilung des passiven Wahlrechts an die Frauen und — ohne bestimmte Formulierung allerdings — auch die des aktiven vor. Um der Reformpolitik den nötigen Antriebs zu geben, hatten die holländischen Vereinigungen für das Frauenstimmrecht und andere für das Frauenwahlrecht eintretende Organisationen am 18. d. Mts. ein Meeting in Amsterdam mit darauf folgenden Straßenumzug angelegt. Auch die Arbeiterpartei hatte beschlossen, sich offiziell zu beteiligen. Das Unternehmen ist über alles Erwarten geglückt. Aus allen Teilen des Landes waren die Frauen in Massen gekommen und man kann die Zahl derjenigen, die im Zug marschierten, auf 12 bis 15 000 veranschlagen — lauter in Verbänden organisierte Frauen. Daß die Stimmrechtsidee in allen Klassen festen Fuß gefaßt hat, kam in den zahlreichen Frauen zu prächtigem Ausdruck. Herrschte über der ersten Hälfte des Zuges die weiß-gelbe Fahne der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung, so stand die zweite, die sich hinter dem großen Banner der Arbeiterpartei scharte, im Zeichen der roten Farbe. Hier fliegen die alten Kampflieder der Partei auf.

— Die Einschränkung des Alkoholgenusses. Im Staatrat wurde eine Gesetzesvorlage eingebracht, betreffend die pflichtgemäße Enthaltensamkeit während des Dienstes für gewisse näher bezeichnete Personen. Das Gesetz verpflichtet Offiziere und Mannschaften während des Dienstes und sechs Stunden vorher zur Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken. Weiter umfaßt die Gesetzesvorlage Passagiere besonderte Eisenbahnbeamte, Straßenbahn- und Kraftwagenführer. Dem König wird die Ausdehnung des Gesetzes auf Offiziere und Mannschaften der Passagierschiffe anheimgestellt. Das Gesetz bestimmt, was als Dienst aufzufassen ist, und setzt Geldstrafen und Gefängnisstrafen für Übertretungen fest.

— Keine Ausschüsse über die Verwendung der Kredite. Nach Epners Blättern hemängelte in der Erörterung der französischen Kammer über das Budgetmängel der unabhängige

Sozialist Gradel, daß die Regierung keine genauen Ausschüsse über die Verwendung der Kredite. Diese seien weder nach Ministerien noch Kapiteln geordnet. Er protestiert gegen die Außerachtlassung aller Regeln der öffentlichen Rechnungsführung. Nicht übernahm jede Verantwortung mit dem Hinweis, daß die Kriegszeit die Abstellung des Mängel unmöglich mache.

— Das unzeitige Friedensgerede. Reuter meldet aus London: Der Präsident des Unterrichtsamtes Arthur Henderson (Arbeiterpartei) hielt eine Rede in North-Hamptonshire, in der er seine Zuhörer ermahnte, vor unzeitigem Friedensgerede auf der Hut zu sein. Er führte aus, das Land wolle keinen übereilten Frieden, sondern einen Frieden, der sich auf Gerechtigkeit und Ehre aufbaue. Wir müssen uns so entscheiden wie möglich gegen einen erniedrigenden, ruhmlosen Vergleich wehren. Das Ende des Krieges ist noch nicht in Sicht. Der Feind prahlt damit, daß England belagert sei. Über dieses weh besser, wie es ihm geht. Es hat auf dem Wasser den Feind besser als je in seinem Oriff.

— Rücktritt des Landwirtschaftsministers. Landwirtschaftsminister Carl of Selborne ist zurückgetreten.

— Ein Todesurteil verhängte das Kriegsgericht in Dublin über den Iren David Kent, der einen in seine Wohnung dringenden Polizisten getötet haben soll. Im ganzen sind nach den Erklärungen des Staatssekretärs Kennan im Unterhause mehr als 3000 Personen von irischen Kriegsgerichten abgeurteilt worden.

— Die Neuwahlen. Die griechischen Kammerneuwahlen wurden auf den 7. August festgesetzt.

Volksernährung

— Der Erzbischof von Köln an die Gemüschauern. Der Erzbischof von Köln gibt in einem Erlaß an die Pfarren der ländlichen Nachbarschaft der Stadt Köln seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß eine tiefgehende Erbitterung zwischen der städtischen Bevölkerung und der den Kölner Gemüschmarkt bescheidenden Landbevölkerung einzutreten drohe. Er forderte die Landleute auf Grund des christlichen Sittengesetzes auf, die augenblickliche Notlage der städtischen Bevölkerung nicht durch übertriebenen hohen Preise oder Fernbleiben vom Markte zu erschweren, ganz abgesehen davon, daß Abwehrmaßregeln ganz unvermeidlich sein würden. Die Einigkeit, die alle Bevölkerungsklassen gegenwärtig gegen den auswärtigen Feind zusammenschließt, dürste nicht durch unlaute Gewinnsucht gestört werden.

Die rheinischen Bauern gelten als sehr kirchenfromm. Die Mahnung ihres Oberhirten müßte demnach offenen Ohren begegnen. Warten wir es ab.

— Eine neue Verordnung über den Kartoffelkonsum auf dem Lande. Die Bekanntmachung über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln vom 31. März 1916 wird durch eine neue Verordnung des Reichstanzlersvertreterers dahin geändert, daß dem Kartoffelerzeuger, sofern der Bedarf nicht geringer ist, für jeden Angehörigen seiner Wirtschaft einschließlich des Besandes sowie der Naturalkberechtigten, insbesondere der Altenteiler und Arbeiter, soweit sie Kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben, vom Inkrafttreten dieser Verordnung bis zum 31. Juni 1916 statt innerhalb Pfund (täglich) nur mehr ein Pfund zu befallen ist. Für Personen über vierzehn Jahre, die bei der Ernte oder sonstiger schwerer Arbeit beschäftigt sind, verbleibt es bei dem Satz von einem Pfund. Die Verordnung ist sofort in Kraft getreten.

— 250 Gramm Fleisch pro Kopf in Berlin. Nach einer erlassenen Bekanntmachung des Magistrats beträgt entsprechend dem letztwöchentlichen Viehaufricht die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Wochenmenge an frischem Fleisch oder höchstem Fett für die Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1916 250 Gramm. Entsprechend der mit dem 26. Juni in Kraft tretenden Einheitslichkeit der Groß-Berliner Fleischkarte gilt dieselbe Wochenmenge auch für alle Groß-Berliner Gemeinden und Kreise.

— Zentralrat zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers. Wie das W. I. B. von zuständiger Seite erzählt, steht die Organisation einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Wuchers bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs durch den preussischen Minister des Innern unmittelbar bevor.

* Herabsetzung der Preise für holländischen Käse. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. hat ihren Grundpreis für frischen holländischen Käse dem Rückgang der holländischen Marktpreise entsprechend bis auf weiteres ermäßigt: Es ergeben sich als höchstzulässige Ladenpreise die folgenden: anstatt 2 Mark für das Pfund, dreiviertelfett 1,80 Mark für das Pfund, halbfett 1,68 Mark für das Pfund. Spezialsorte („Geheimratskäse“) 2,20 Mark für das Pfund. Diese Preisermäßigung gilt für alle Käsemengen, die seit dem 11. Juni d. J. von Holland abgehandelt sind.

— Bestrafungen wegen Kriegswuchers. Die neue Liste des Berliner Polizeipräsidenten enthält die Namen von zwanzig Kaufleuten und Händlern, die sich gegen die Bestimmungen über den Lebensmittelverkauf vergangen haben und dafür Strafen erhielten. Nicht weniger als sieben Schlächter wurden bestraft, weil sie den Verkauf von Fleisch verweigerten, obgleich sie noch Vorräte hatten. Ein Milchhändler erhielt 650 Mark Geldstrafe wegen Milchverfälschung.

— Holzmehl zum Brotbacken verboten. Der von dem Schöffengericht in Köln wegen Zusatz von Holzmehl beim Brotbacken zu 150 Mark Geldstrafe verurteilte Obermeister der Kölnischen Bäckereinnung Wergelich wurde auf Verurteilung des Staatsanwalts nach der Strafkammer zu sechs Wochen Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

— Zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde in Berlin der Fabrikbesitzer Heinrich Landsberger wegen unbefugten Einschmelzens von Metallen und Ueberziehung des Höchstpreises beim Verkauf von Metallen. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nur Urteil und Begründung wurden öffentlich veröffentlicht.

— 1000 Mark Strafe für Verkauf von Brotgetreide erhielt vom Potsdamer Schöffengericht der Berliner Heinrich Obermann. Die fünf früheren Dienstmädchen eblisch bekommen, die Werte im vergangenen Winter wädhentlich mehr als ein Pfund Roggen unter das für die Schweine bestimmte Kartoffelfutter mischt, auch soll er Feinmehl in erheblichen Mengen unter das Futtergetreide bestimmte Gerstenschrot geschüttet und Roggen in das Pferdefutter gemischt haben. Einen Tag vor der Bekanntmachung der Kartoffeln ließ er eine große Menge Kartoffeln aus der Miete in ein Fach der Scheune bringen und mit Stroh bedecken, um deren Verhauenseit zu verheimlichen.

— Fünf Jahre Zuchthaus für einen Diebstahlschuldigen. Fünf Jahre Zuchthaus und zwölf Jahre Ehrverlust verhängte die Dritte Strafkammer des Landgerichts I in Berlin über einen rückfälligen Einbrecher, den Arbeiter Karl Friedler, der sich an Sachen vergriffen hatte, die für Truppen im Feld bestimmt waren.

Danziger Nachrichten

Rosenzeit.

Unser Juni trägt neue Säfte,
unser Markt trägt neue Kräfte,
unser Acker trägt neue Weife,
Mit einander so zu bauen,
einig, einig, voll Vertrauen,
heil dem Tag, der so befreit!
Wies die Tore auf, Jahrhundert,
komm herab, begrüß, bewundert,
sonnenleuchtend, morgenklar,
keine Krone trägtst du golden,
doch ein Kranz von bunten Blüten,
Frühlingsrosen schmückt dein Haar.
Heinrich Hart.

Deutsche Kriegsausstellung Danzig 1916. Von Ende August bis Ende September 1916 wird in der Danziger Sporthalle eine große deutsche Kriegsausstellung veranstaltet werden. Die Vorbereitungen für dies Unternehmen, das weit über Danzig hinaus lebhaftes Interesse finden wird, sind in vollem Gange. Bei der Vorbereitungen, an der sich Vertreter der Militär- und Zivilbehörden beteiligten, wurden als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses die Herren Major Rohde, Landesrat Claassen, Regierungsrat Heinrichs, Stadtrat Dr. Hellwig, Hauptmann Löschner und Abteilungsleiter der stellv. Intendantur Rechtsanwalt Zander gewählt. Die Geschäftsführung führt Stadtrat Dr. Hellwig, Altstadtk. Rathaus, Zimmer 43. Dorthin sind alle Anfragen zu richten. Der Reinertrag ist für Kriegswohlfahrtszwecke bestimmt.

Wintergarten.

Am 1. Juli wechselt das Programm der Danziger Sommerbühne. Unter den neuen Kunstkräften dürfte Wiege Hausmann als beliebteste Vortragspünstlerin mit ihren neuen Schlägen einen hervorragenden Platz einnehmen. Auch die übrigen Darbietungen werden die Zugkraft des Hauses in derselben Weise wie bisher sichern.

Eine Figur-8-Bahn

hat uns die Weltfirma Rohweber am Karrenwall gebracht. Das Unternehmen genießt allerbesten Ruf. Auf Ahornschienen laufende, bequem eingerichtete Autowagen dienen zur Beförderung des Publikums. Man wird auf einer solchen Fahrt vielfach an eine Gebirgsbahnreise erinnert. Eine Fahrradbahn bringt uns auf den höchsten Gipfel um alsdann auf sicherem Wege durch eigene Kraft abwärts zu fahren. Rasch wird die Bahn, die sich in achtförmigen Windungen mit mehrfachen Entfernungen und Steigungen dahinzieht, durchflogen. So stellt diese sensationelle Schöpfung auf dem Gebiete der Hoch- und Schleifenbahn mit circa 2400 Quadratmeter bebauter Fläche ein Ereignis seltenster Art dar.

Stadttheater. Ein Meisterwerk Shakespeares, das bisher noch nie an der Danziger Bühne zur Aufführung gelangt, wird für die kommende Spielzeit vorbereitet: „Wie es euch gefällt“. Dieses von Boesje und Schalkheit umwobene Lustspiel zählt zu den feinsten Geistesblüthen des begnadeten Briten, dessen geniales Schaffen über allen Zeitströmen steht und stehen wird! Das Werk wird, von Direktor Schaper, nach den Anregungen und Erfahrungen des Münchener Künstertheaters, auf einer dreiteiligen Bühneninszenierung werden. So wird es ermöglicht, die 20 Bilder ohne Verletzung der Szenen, Weglassung scheinbar nebensächlicher Personen oder Zusammenstöße verschiedener Szenenplätze zur Vorstellung zu bringen. Als Bühneneinrichtung wird die von Dr. Alfred Reuder, in der Ueberzeugung von Schlegel-Tied nach der residierten Ausgabe von Professor Hermann Conrad zugrunde gelegt.

Die Stadterneordnetenwahlen im Herbst

erörterte Stadterneordnete Brunzen in leider äußerst flüchtiger Weise auf dem Verbandstage der Bürgervereine. Eigentlich sprach er nur durch die Blume gegen die seiner Partei gegenüber stehenden liberalen Gruppen im Rathaus. Er wünschte keinen Kampf bei der Bezeichnung der Rathausliste, sondern eine Verständigung über die Kandidaten. Geeignete Vorschläge würden objektiv geprüft werden. Es müßte wunderbar zugehen, wenn hier in Danzig der Burgfriede nicht gewahrt bleiben sollte. Sollten andere Herren es nicht so wünschen, meinte B. mit Betonung, so würden die Bürgervereine ihren Mann stehen. Eine Debatte folgte nicht. — Von der Sozialdemokratie wurde überhaupt kein Wort gesprochen. Inner Wahrung des Burgfriedens versteht man also wieder nur, daß die Sozialdemokratie als stärkste städtische Partei nach wie vor von der Vertretung im Rathaus ausgeschlossen bleiben soll. Merkwürdig ist, daß die Bürgervereine in der Kampfkraft konservativ sind, also auf demselben Standpunkt wie die Elbinger Zeitung stehen, die unlängst den Anspruch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf Vertretung im Rathaus und sogar im Magistrat verteidigte.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht, J. Gehl & Co., Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Zur Aufklärung

dienen meiner werthen Kundschaft, dass Kleiderkarten erst am 1. August dieses Jahres in Kraft treten. Neben der Reichhaltigkeit meiner sämtlichen Lager mache ich auf mein Lager in

Winter-Ulster • Paletots • Lodenjoppen

aus dem vorigen Jahre besonders aufmerksam. Diese Kleidungsstücke zeichnen sich durch ihre gute Qualität, Preiswürdigkeit und modernen Schnitt (die Mode hat kaum eine Aenderung erfahren) aus und verabfolge ich dieselben bis zum 1. August an

Jedermann zu billigen Preisen ab

da solche des niedrigen Preises wegen später ~~.....~~ **nur gegen Kleiderkarten** ~~.....~~ verabfolgt werden dürfen.

Auf meine grosszügige Mass-Abteilung, welche unter fachmännischer Leitung eines bewährten Zuschneiders steht, erlaube ich mir hinzuweisen.

Grosses Stofflager • Gute Verarbeitung • Mässige Preise

Telefon
2121

J. Rosenbaum

Breitgasse
128/9

Alleiniger Lieferant des Konsum-Vereins.

1234

Am Karrenwall

Rohweder's Figur-8-Bahn

Das Sensationellste auf dem Gebiete
der Hoch- und Schleifenfahrten

Täglich

geöffnet von 4-10 Uhr, Sonntags von 3-10 Uhr

Am Karrenwall

235

Kirschen u. Obst

laufen Genossinnen und Genossen
am billigsten [232]
in der Obst-Zentrale
Haustor 7.

Vollswacht

Danzig
Paradiesgasse Nr. 32

Druckarbeiten

für
Bereine u. Privat
in moderner
Ausstattung

Spezialität:
Massenanlagen

Holländer Vollfett-Räse

das Pfund zu 1,50 Mk.
ist zu haben in den Verkaufsstellen der
Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig
und Umgegend
:: Danzig, Fischergasse 41 ::
und
Langfuhr, Brunnshöfer Weg 24. [231]

Die Mitglieder werden darauf hingewiesen, daß die Rückvergütungsmarken für das am 30. Juni zu Ende gehende Geschäftsjahr bis spätestens den 7. Juli in unseren Verkaufsstellen einzutauschen sind. Später eingetauschte Marken kommen erst im folgenden Geschäftsjahr zur Verrechnung. Ebenso sind auch die Mitgliedsbücher bis spätestens den 1. August in unseren Verkaufsstellen abzugeben.

Ehefrauen verstorbenen oder im Kriege gefallener Mitglieder können die Mitgliedschaft fortsetzen und sind gegen Unterzeichnung einer Beitrittserklärung von der Zahlung des Eintrittsgeldes befreit. In jedem Falle aber bitten wir, uns von derartigen Todesfällen unter Angabe des Datums alsbald Mitteilung zu machen. Näher Auskunft in den Verkaufsstellen. Der Vorstand.

In Freien Stunden 10 Pf.

Verlag Buchhandlung Vorwärts
Wöchentlich ein illustriertes Heft Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Vollswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Gelesene Nummern

der Vollswacht werfe man nicht achtlos fort, sondern lasse sie uns noch Fernstehenden zukommen :: ::

Das beste Soldatengeschenk

Ist ein Feldpostabonnement auf die „Jugend“. Die Truppen wollen in der freien Zeit von ihrem schweren Dienst abgelastet werden, sie suchen geistige Erholung, die ihnen das Lesen unserer Wochenschrift „Jugend“ in reichstem Masse bietet. Wer Angehörige, Freunde oder Bekannte im Felde hat, kann sich diesen durch ein „Jugend“-Feldpostabonnement jede Woche in angenehmer Erinnerung bringen, weil der Empfänger beim Lesen jeder Nummer an den Spender erinnert wird. Das Abonnement kostet

für Monat Juli bis September 4,50 Mk.
August u. Septemb. 3,20
September 2,00

und es kann bei jedem Feldpostamt eingeleitet werden. Bei Boreinsendung des Betrages übernimmt auch der Verlag die Einweisung.

Verlag der „Jugend“
München, Lessingstraße 1.

Echt garantiert feingekochten

Schnupftabak

235 Aristokratischen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakfabrik

Julius Gosda, Danzig

Rohtabakhandlung

Häkergasse 5. II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Der wahre Jakob

Farbig-illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire
Alle anderen Werke, Bücher und Zeitschriften erhältlich
Buchhandlung Vollswacht, Paradiesgasse 32.

Nähmaschinen!

Neue und gebrauchte.
Fahrräder
Zubehör und Ersatzteile.

Sprechmaschinen

Schallplatten :: Taschenlampen
Batterien, sowie Taschenmesser
zu billigen Preisen [127]

A. Hein, Breitgasse 113

Näh-Male „Jewel“

218
Das ist ein...
Mk. 3.50
G. Schmid, München 257
Bayerstraße 41.



Ansichtskarten

von Danzig und seiner
schönen nahen und
weiteren Umgegend für
Reisen und zur Er-
innerung! Beste Aus-
führung, ein- und mehr-
farbig, zu billigen Preisen.

Moderne Künstlertarten

reiche Auswahl jeder Art,
die hochkünstlerische und
farbenfreudige Ausführung
dieser Meisterwerke fördert
den guten Geschmack und
macht sie zur Zierde jedes
Erweiterheims :: ::
Unsere Feldfrauen bereiten
mir dadurch hohe Freude.

Kleine Rahmen ebenfalls
vorhanden.

Buchhandlung Vollswacht
Paradiesgasse 32.

Moderne illustrierte Zeitschriften:
Simplicissimus
30 Pfennige

Buchhandlung Vollswacht
Paradiesgasse 32.

Trauer-

Goldstein

Hüte
reicher
Auswahl.

Julius
Goldstein

Handschuhe
zu billigsten
Preisen.

Langebrückenstraße 5, gegenüber der Markthalle.

BORG'S HINDENBURG-Zigarette

etwas ganz Hervorragendes.

3 Pfg. überall erhältlich.

1201